



Der Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
für Politik,
Wirtschaft,
Wissenschaft
und Kultur

Ausgabe 1 / 2012
48. Jahrgang

Postvertriebsstück | Einzelpreis 7,50 EUR



Horst Seehofer: Finanzkrise und schuldenfreies Bayern
Franz-Christoph Zeitler: Rote Ampel für Eurobonds
Alois Glück: Freiheit in Verantwortung
Philipp Franz zu Guttenberg: Mythos deutscher Wald
Johannes Wallacher: Mehrwert Glück
TÜV-Symposium: Made in Germany – typisch deutsch



DJE – Dividende & Substanz

Mit starken Erträgen und soliden Bilanzen auf Erfolgskurs bleiben

In schweren Börsenzeiten bewähren sich solide Aktienfonds, die nicht kurzfristig spekulieren, sondern langfristig auf die Ertragskraft werthaltiger Unternehmen setzen. Der **DJE – Dividende & Substanz** investiert nur in Unternehmen mit bester Bilanzqualität, hoher Dividendenrendite und guter Ertragslage. Analysen zeigen, dass dividendenstarke Werte in schwierigen Phasen weniger riskant sind als dividendschwache Aktien, weil Dividenden Kursverluste abmildern können.

Seit über 35 Jahren zeigt der familiengeführte und bankenunabhängige Vermögensverwalter DJE, wie man den Markt in guten und schlechten Zeiten schlagen kann. Das Erfolgsgeheimnis ist eine Analyseverfahren, die mit fundamentalen, monetären und markttechnischen Indikatoren weniger riskante und wertstarke Anlagen identifiziert. Der **DJE – Dividende & Substanz** erzielte seit seiner Auflage im Januar 2003 eine Wertentwicklung von über 9,5 Prozent* jährlich.

Sichern Sie sich die Ertragschancen eines substanzstarken Dividendenfonds und fordern Sie weitere Informationen an.

*Aktueller Stand der Wertentwicklung per 29.3.2012 nach BVI-Methode, ohne Berücksichtigung des Ausgabeaufschlages. Individuelle Kosten wie Gebühren, Provisionen und andere Entgelte sind in der Darstellung nicht berücksichtigt und würden sich negativ auf die Wertentwicklung auswirken. Anfallende Ausgabeaufschläge reduzieren das eingesetzte Kapital sowie die dargestellte Wertentwicklung. Angaben zu der Entwicklung in der Vergangenheit sind kein zuverlässiger Indikator für künftige Wertentwicklungen. Alle veröffentlichten Angaben dienen ausschließlich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlungen dar. Aktienkurse können markt- und einzelwertbedingt relativ stark schwanken. Auch festverzinsliche Anlagen unterliegen je nach Zinsniveau Schwankungen und bergen ein Bonitätsrisiko. Der Verkaufsprospekt und weitere Informationen sind kostenlos bei der DJE Kapital AG erhältlich. Ein Rating von Feri oder einem anderen Research-Unternehmen ist keine Empfehlung zum Kauf und Verkauf eines Investments.



DJE – hält Kurs auch in stürmischen Zeiten

Tel.: +49 89 790453 - 0
E-Mail: info@dje.de
www.dje.de

DJE Investment S.A.

Dr. Jens Ehrhardt Gruppe | München | Frankfurt | Köln | Luxemburg | Zürich



Frischer Wind

Der Peutinger ist da, und Sie mögen fragen: Schon wieder ein neues Magazin, braucht es das? Darauf gibt es eine ganz klare Antwort: Nein, das braucht's nicht – und das gibt es auch nicht! *Der Peutinger* ist neu und vertraut zugleich. Neu im Namen, vertraut im Inhalt. Er ist der traditionsreiche *Bayerische Monatsspiegel*, aber moderner, aktueller und noch enger verbunden mit dem Leben und Wirken des Peutinger-Collegiums.

Der Wechsel und die personelle Verjüngung im Präsidium des Peutinger-Collegiums erscheint auch uns als der richtige Zeitpunkt für einen neuen Auftritt. Der bisherige Titel war nicht mehr zeitgemäß: Bei vier Ausgaben im Jahr gibt es keinen Bezug mehr zu Monat. Und wenn auch Bayern unser Fundament bleibt, so wird unser Magazin längst weit darüber hinaus geschätzt und beachtet.

Da lag es nahe, sich auf die Person zu beziehen, die auch unserem Collegium den guten Namen gibt: Konrad Peutinger, der große Humanist, der neugierig Gelehrte und der einfühlsame Berater

aus Augsburg. *Der Peutinger* trägt nun seinen Namen. Und wie bisher werden auch künftig hochkarätige Gastautoren und namhafte Journalisten zu aktuellen Themen aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Forschung Position beziehen. Dabei bleibt *Der Peutinger* eng verbunden mit dem Leitmotiv des Peutinger-Collegiums: „Gelebte Freiheit in sozialer Verantwortung – engagiert, überparteilich, weltoffen, kompetent, zeitgemäß.“

Der Bayerische Monatsspiegel hat sich gewandelt, *Der Peutinger* garantiert Kontinuität im Wandel und vereint Tradition und Fortschritt. Wir wünschen allen unseren Lesern weiterhin eine spannende und erkenntnisreiche Lektüre.

Herzliche Grüße

Peter Schmalz
Chefredakteur



Das neue Peutinger-Präsidium (v.l.): Marcus Lingel, Klaus Leipold, Marcus Ernst, Bernd Grottel und Robert Salzl.

AKTUELLES

Vorwort 3

Kurz gemeldet 15

Buchbesprechungen 33

Peutinger Aktuell 39

Veranstaltungsvorschau 2012 43

Michael Stürmer
Frost im Frühling 24

Oliver Rolofs
Sicher komplex – Sicherheitskonferenz in München 26

Philipp Franz zu Guttenberg
Gelebter Generationenvertrag 27

POLITIK UND WIRTSCHAFT



Interview mit Horst Seehofer
Krisen-Marathon 5

Franz-Christoph Zeitler
Rote Ampel für Eurobonds 9

Stephan Götzl
Euro 2.0 12

KULTUR



Johannes Wallacher
Mehrwert Glück 29

Stefan Weinfurter
Verschränkte Kultur 31

Für Sie gelesen 33



Alois Glück
Freiheit in Verantwortung 16

Wolfram Weimer
Öffentliche Hatz 19

Hugo Müller-Vogg
Virtuelles Freibier für alle 20

Christine Bortenlänger
Wir brauchen JA-Sager 22

PEUTINGER-COLLEGIUM

Bernd Nobis
Ein starkes Team 34



Peutinger-Symposium mit der TÜV SÜD AG
„Made in Germany“ – typisch deutsch 38

Vortragsabende des Peutinger-Collegiums 39

Jubiläum
Ein glückliches Jahrhundert vollendet 42

Krisen- Marathon

Das Peutinger-Interview: Horst Seehofer über Finanzkrise, rote Linien und Bayern ohne Schulden



Das Ziel eines schuldenfreien Bayern bis 2030 sei „wohl überlegt, gut darstellbar und absolut realistisch“, betonte Ministerpräsident Horst Seehofer im Gespräch mit *Peutinger*-Chefredakteur Peter Schmalz. Gerade vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise in Europa sei das Ziel der Schuldenfreiheit für die allermeisten Menschen einleuchtend und erstrebenswert. Bei der europäischen Schuldenkrise, die er mit einem Marathonlauf vergleicht, stehe Deutschland für eine Politik der restriktiven Rettung, die von hohen Defiziten betroffenen Ländern auch harte und schmerzhaft Reformen erfordert. Die europäische Einheit sieht Seehofer durch die Euro-Krise aber nicht in Gefahr: Die Zukunft des Erfolgsmodells Europäische Union hänge nicht allein vom Projekt Euro ab. →

Zwei Spitzen-Bayern:
Ministerpräsident Horst
Seehofer gratuliert Papst
Benedikt XVI. kürzlich in
Rom zum 85. Geburtstag des
Pontifex. Der Papst lasse
stets seine tiefen Wurzeln in
seiner bayerischen Heimat
erkennen: „Er verkörpert wie
kein anderer das spirituelle
Bayern.“



Der Peutingen: *ESM, EFSF, EFSM, Target 2 – Kürzel, hinter denen Milliardensummen zur Rettung hochverschuldeter Euro-Staaten stehen. Ist das auf Dauer zu verantworten?*

Horst Seehofer: Für die Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euroraum gibt es kein einfaches und schnelles Patentrezept. Jeder einzelnen Entscheidung zur Stabilisierung des Euroraums in den vergangenen zwei Jahren ging ein umfassender und wohlüberlegter Abwägungsprozess der Risiken voraus. Ich denke, ich kann hier für alle Entscheidungsträger sprechen: Wir haben uns zu keinem Zeitpunkt die Entscheidungen leicht gemacht. Ich bin gleichwohl überzeugt, dass alle bislang getroffenen Entschlüsse richtig sind. Ich sehe zu der klugen und umsichtigen deutschen Politik in der Euro-Staatsschuldenkrise trotz vieler kritischer Stimmen keine wirklich durchdachte Alternative. Wenn ich bei den vielen echten oder vermeintlichen Experten, die zu einem radikalen Kurswechsel in der deutschen Euro-Politik raten, intensiv nachfrage, wie genau denn alternativ zu handeln sei, bekomme ich meist ein ratloses Achselzucken zur Antwort. Diesen Luxus des kritischen Expertentums ohne Entscheidungsdruck haben Politiker nicht.

Peutingen: *Bei vielen Beobachtern besteht dennoch der Eindruck, die Politik sei in der Staatsschuldenkrise Getriebene der Ereignisse. Gibt es gleichwohl Leitgedanken, an denen sich die deutsche Euro-Politik der vergangenen zwei Jahre orientiert?*

Seehofer: Die Bayerische Staatsregierung hat die Leitlinien ihres Kurses mehrfach bekräftigt, zuletzt am 29. März 2012 mit einem umfassenden Eckpunktepapier zur Staatsschuldenkrise im Euroraum. Allen meinen Entscheidungen in der Staatsschuldenkrise liegt ein Dreiklang zu Grunde:

- Der Retter darf nicht selbst zum Patienten werden. Wir dürfen die Leistungsfähigkeit Deutschlands durch Hilfszusagen für unsere europäischen Partner nicht überfordern und unsere eigene wirtschaftliche Prosperität nicht aufs Spiel setzen. Im Gegenteil: Die Hilfsmaßnahmen sollen ja unseren eigenen Wohl-

stand auf Dauer sichern. Das ist das zentrale Motiv.

- Europäische Solidarität ja, aber nur gegen echte Reformbereitschaft in den Empfängerländern. Kernursache der gegenwärtigen Krise in Europa ist eine unverantwortliche übermäßige Verschuldung in den südlichen Euro-Staaten und in Irland. Der öffentliche Sektor - aber auch der Privatsektor - haben vielfach über ihre Verhältnisse gelebt. Hinzu kommt häufig ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, der in den Boomjahren vor Ausbruch der Finanzkrise überdeckt worden war. Jetzt gilt es, Verschuldung abzubauen und Wettbewerbsfähigkeit wieder zu gewinnen. Beides geht nicht ohne harte und oft auch schmerzhaft Reformen.

- Deutschland steht für eine Politik der restriktiven Rettung. Dieses Prinzip zur Bewältigung der Schuldenkrise hat sich bewährt und muss strikt weiter verfolgt werden. So konnten bislang in deutschem und bayerischem Interesse viele unverantwortliche Risiken für die deutschen Steuerzahler verhindert werden. Weder wird der dauerhafte Rettungsschirm ESM auf eine Billion Euro verdoppelt, noch wird es Eurobonds oder Banklizenzen für Rettungsschirme geben. Die Verschärfung des Stabilitätspaktes und die Vereinbarung eines Fiskalpaktes begründen einen Paradigmenwechsel hin zu ausgeglichenen Haushalten in der Eurozone, der nur dank der harten Linie Deutschlands möglich war.

Peutingen: *Zwingt nicht die Angst vor dem Verlust der bisherigen Rettungsmilliarden dazu, immer neue Rettungspakte zu beschließen?*

Seehofer: Es gibt keinen Automatismus. Jede neu anstehende Entscheidung über Hilfsmaßnahmen muss für sich bedacht und abgewogen werden.

Entgegen mancher Unkenrufe ist die Grenze für unsere Hilfsbereitschaft auch nicht verletzt worden. Ich habe für meine Partei klare Obergrenzen für eine mögliche deutsche Haftung formuliert.

Bei diesen Obergrenzen bleibt es. Insgesamt ist diese Krise ein Marathonlauf. Es wird daher auch in den nächsten Jahren immer wieder schwierige Entscheidungen für die deutsche Politik geben.

Peutingen: *Macht Sie nachdenklich, dass immer mehr Fachleute Griechenland raten, einen Neubeginn außerhalb der Euro-Zone zu wagen?*

Seehofer: Der Chor der Fachleute ist vielstimmig und widersprüchlich. Zu jeder Position eines Experten findet sich in der öffentlichen Diskussion auch die gegenteilige Meinung eines anderen. Ob Griechenland außerhalb der Eurozone eine bessere Chance zur Gesundung hätte, ist höchst umstritten. Ich selbst halte den gegenwärtigen Kurs, Griechenland nach der erfolgten Umschuldung durch Beteiligung der privaten Gläubiger in der Euro-Zone zu halten, nach wie vor für richtig. Die jetzige griechische Regierung selbst

„Wenn Griechenland nicht willens oder in der Lage ist, sämtliche Reformzusagen 100prozentig umzusetzen, endet für mich die europäische Solidarität.“

hält mögliche Konsequenzen eines Euro-Austrittes für nicht beherrschbar und will unter allen Umständen an der Euromitgliedschaft festhalten. Allerdings wird das auf Dauer nur möglich sein, wenn Griechenland sämtliche gegebene Reformzusagen hundertprozentig umsetzt. Sollte das Land hierzu nicht willens oder in der Lage sein, endet für mich die europäische Solidarität.

Peutinger: Ist das Schicksal der Europäischen Union tatsächlich an den Euro gekoppelt?

Seehofer: Der Euro ist das europäische Schlüsselprojekt der vergangenen zwei Jahrzehnte, in das ungeheuer viel politisches Kapital investiert worden ist. Die Wirtschafts- und Währungsunion hat eine herausragende Bedeutung für die europäische Integration. Gleichwohl glaube ich nicht, dass die Zukunft des Erfolgsmodells Europäische Union, das unserem Kontinent nach zwei Weltkriegen Frieden und Wohlstand gebracht hat, alleine vom Fortgang des Projekts Euro abhängt. Auch Staaten wie Großbritannien, Dänemark oder Schweden, die den Euro nicht einführen wollen, sind integraler Bestandteil des gemeinsamen Europas.

Peutinger: War es ein Fehler, zwar den Beitritt zum Euro genau zu regeln, die Möglichkeit eines Austritts aber mit keinem Wort zu erwähnen?

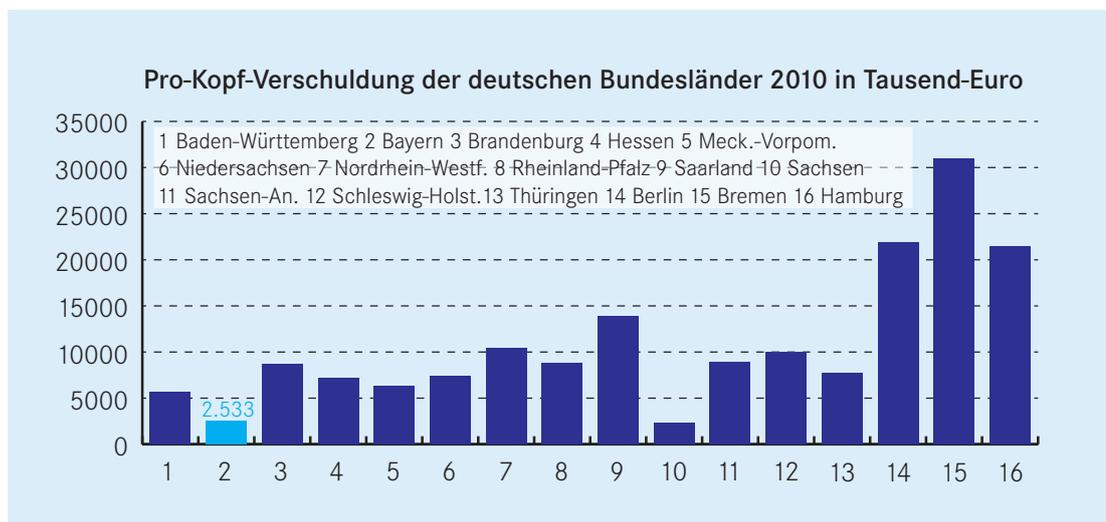
Seehofer: Hinterher ist man immer klüger. Die heutigen Turbulenzen in der Euro-Zone waren in den Verhandlungen für den Maastricht-Vertrag so nicht sichtbar. Ohne die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre ab 2008 hätten sich die strukturellen Probleme, die der heutigen Staatsschuldenkrise zugrunde liegen, niemals in dieser Schärfe zugespitzt. Und die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit der Großen Depression hat niemand kommen sehen. Im Übrigen: Wenn man sich die Vorhersagen über den Fortgang der Krise während ihres Höhepunktes in den Jahren 2008 und 2009 einmal ansieht, kann Europa stolz sein, was es seitdem zustande gebracht hat. So falsch hat die Politik nicht gelegen. Und dass Deutschland und Bayern heute so glänzend dastehen, hatte vor drei Jahren auch niemand auf der Rechnung.



Peutinger: Griechische Medien zeigen die deutsche Kanzlerin mit Hakenkreuz, in manchen Euro-Ländern werden die Deutschen als machtbesessen dargestellt. Droht die Euro-Krise den großen europäischen Gedanken von Schuman, Adenauer und de Gasperi zu beschädigen?

Seehofer: Eine echte Beschädigung des europäischen Gedankens sehe ich nicht. Zwar hat die Euro-Krise einige unschöne und überwunden geglaubte Ressentiments zu neuem Leben erweckt. Wir würden aber das Ausmaß der heute als selbstverständlich empfundenen europäischen Integration unterschätzen, wenn wir darin schon eine Beschädigung des europäischen Gedankens sehen würden. Aber natürlich ist für die Zukunft Wachsamkeit geboten. Im Übrigen nehme ich auch eine positive Entwicklung in der Krise wahr, nämlich den Trend zu einer verstärkten innereuropäischen Öffentlichkeit. Das zeigt sich auch daran, dass deutsche und französische Parteien über Grenzen hinweg verstärkt zusammenarbeiten und gemeinsam in den Wahlkämpfen des jeweils anderen Landes auftreten. Hier steht nicht mehr das Denken in nationalen Grenzen, sondern die demokratische Auseinandersetzung über europäische Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vordergrund.

„Mit der Politik der Schuldenfreiheit will ich europäische Maßstäbe setzen.“



„Ich habe für meine Partei klare Obergrenzen für eine mögliche deutsche Haftung formuliert.“

Peutinger: Geben wir dem Ausland nicht selbst ein schlechtes Beispiel, indem wir mit dem Länderfinanzausgleich auch sparunwillige Bundesländer subventionieren?

Seehofer: Die Prinzipien, die die deutsche und bayerische Politik in der Euro-Krise leiten, haben auch in der innerdeutschen Debatte um den Länderfinanzausgleich ihre Berechtigung. Auch für Deutschland gilt: Es darf nur Hilfe zur Selbsthilfe geben und nur Hilfe gegen echte Reformanstrengungen – aber keine Daueralimentation. Das Land Berlin ist der mit Abstand größte Empfänger im Länderfinanzausgleich und leistet sich Wohltaten, die wir uns in Bayern nicht leisten. Die bayerische Zahlungsverpflichtung im Länderfinanzausgleich hat mittlerweile das Ausmaß des Erträglichen überschritten. Wir zahlen alleine über die Hälfte des gesamten Volumens. Das ist heute pro Jahr mehr, als wir in 40 Jahren erhalten haben. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Peutinger: Es ist doch Europa im Kleinen: Die verschuldeten Nehmerländer sind in der Überzahl und wehren sich meist erfolgreich gegen Kürzungen.

Seehofer: Es gibt einen Unterschied zwischen der Solidarität für europäische Partner und Hilfen für deutsche Bundesländer. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse innerhalb Deutschlands steht qualitativ auf einer anderen Stufe als der Gedanke der europäischen Verbundenheit. Gleichwohl ist es richtig: Hier wie dort droht die Gefahr, dass die verschuldeten Nehmer in der Überzahl sind und ihre Interessen mehrheitlich durchsetzen – und am Ende alle schwächer sind. Gerade deshalb gibt es die rechtlichen Regeln – hier das Grundgesetz, dort die europäischen Verträge – die dem Grenzen setzen. So wie Bayern auf Einhaltung der europäischen Verträge pocht, so besteht es auf Einhaltung des Grundgesetzes. Das ist auch der Grund, weshalb ich eine erneute Klage gegen den Länderfi-

nanzausgleich vor dem Bundesverfassungsgericht nicht ausschließe.

Peutinger: Sie streben bis 2030 ein schuldenfreies Bayern an. Liest man die Kommentare, dann scheinen Sie sich eine „mission impossible“ vorgenommen zu haben.

Seehofer: Gegenfrage: Sollen wir unseren Kindern und Enkeln wirklich sagen „Es tut uns leid, aber wir schaffen es nicht, die von uns angehäuften Schulden wieder abzubauen. Seht Ihr zu, wie Ihr damit zurecht kommt“? Was wäre das für eine Haltung? Das Ziel eines schuldenfreien Bayern bis 2030 ist wohl überlegt, gut darstellbar und absolut realistisch. Wir fangen bereits in diesem Jahr mit einem mutigen Tilgungsschritt an, diesen Weg zu gehen. In der Politik ist es von Zeit zu Zeit erforderlich, langfristige Ziele vorzugeben. Dass – besonders bei uns in Deutschland – diese Ziele häufig sofort zerredet werden, gehört leider zum Geschäft. Davon lasse ich mich aber nicht beirren. Gerade vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise in Europa ist das Ziel der Schuldenfreiheit für die allermeisten Menschen einleuchtend und erstrebenswert. Der Freistaat hat die Chance, die Schuldenfreiheit zu einem echten Alleinstellungsmerkmal in Europa zu machen. Dieses Ziel ist aller Anstrengung wert. In zwanzig Jahren wird Bayern schuldenfrei sein, während der heutige Chor der Kritiker längst verstummt und vergessen ist.

Peutinger: Bayern als Beispiel für den Rest der Welt?

Seehofer: Der Freistaat Bayern stellt sich dem europäischen und internationalen Wettbewerb und will ihn auch bestehen. Aber wir sind nicht hochmütig. Wir wollen durch Taten glänzen, nicht durch Worte. Aber den Anspruch, mit der Politik der Schuldenfreiheit europäische Maßstäbe zu setzen, den habe ich durchaus. ▲



SCHÖRGHUBER
UNTERNEHMENSGRUPPE

Die Schörghuber Unternehmensgruppe ist seit 1954 mit ihren zahlreichen Produkten und Dienstleistungen national und international erfolgreich tätig. So verschieden ihre Geschäftsfelder sind, so einheitlich ist ihr konsequenter Anspruch: immer bessere Lösungen für noch höhere Lebensqualität der Kunden. Damit stehen die Unternehmensbereiche Bauen & Immobilien, Getränke, Hotel sowie Seafood nicht nur für die vier starken Säulen der Schörghuber Unternehmensgruppe, sondern vor allem für das Ziel der rund 7.000 Mitarbeiter, in jeder Hinsicht das Beste zu erreichen.

www.sug-munich.com

Lebensqualität schaffen.
Mit gelebter Vielfalt.

Rote Ampel für Eurobonds

Vergemeinschaftete Staatsschulden würden die Euro-Krise verschärfen

Franz-Christoph Zeitler

Will man eine nachhaltige Lösung der Finanzkrise des Euroraums erreichen, ist es zunächst wichtig, die Krise zutreffend zu beschreiben. Ein großer Teil der Unsicherheit im Umgang mit der Krise, die weit verbreitete „Sehnsucht nach einfachen und schnellen Lösungen“, geht auf die Annahme zurück, es handele sich um ein reines Finanzmarktphänomen, auf das man dann auch mit Finanzmarkttechnik und neuen Finanzmarktinstrumenten antworten müsse. →

„Griechenland ist das einzig bekannte Beispiel eines Landes, das seit dem Tag seiner Geburt im völligen Bankrott lebt.“

Doch die Ursachen liegen tiefer und sie sind heute wie bei früheren Währungskrisen durchaus vergleichbar: Es handelt sich um Krisen des Vertrauens in die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Staaten und damit auch um eine Vertrauenskrise in die finanzpolitischen Handlungsfähigkeit dieser Staaten.

Gegenüber früheren Krisen bringt jedoch die Währungsunion einen entscheidenden Unterschied: Bevor sie inkraft trat, konnten sich Spannungen und Ungleichgewichte im Wechselkurs entladen und ausgleichen, nun aber ist der nominelle Wechselkurs fixiert und die Ungleichgewichte können sich nur an den flexiblen Zinsen für Staatsanleihen entladen.

Deshalb müssen alle Vorschläge zur Krisentherapie darauf geprüft werden, ob sie beitragen, die Anreize für die Wettbewerbsfähigkeit und finanzpolitische Handlungsfähigkeit eines Staates zu erhöhen, oder ob sie im Gegenteil Anreize schaffen, die im Euroraum zwischen 1999 und 2007 angestauten Probleme der Wettbewerbsfähigkeit weiter in die Zukunft zu verschieben.

Und hier stellt sich die entscheidende Frage zu den vor allem in den Schuldenländern heiß begehrten Eurobonds. Sie würden nach der Fixierung des Wechselkurses auch noch den Zins für Staatsanleihen vereinheitlichen, was zwangsläufig dazu führen müsste, dass sich das Misstrauen an anderen Marktdaten entlädt. Zu befürchten wäre ein Druck auf den Euro-Wechselkurs und in dessen Folge ein steigendes Zinsniveau und höhere Inflationsraten im Euroraum. Durch Eurobonds würde deshalb aus der augenblicklichen Staatsschulden- und Zahlungsbilanzkrise einiger Staaten eine Krise des Euro selbst.

Ein ähnliches Ergebnis wäre zu erwarten, würde man die Europäische Zentralbank EZB und die Euro-Notenbanken zur monetären Staatsfinanzierung einsetzen. Die hierfür meist gedankenlos gebrauchte Bezeichnung „big bazooka“ ist verräterisch: Die „große Panzerfaust“ würde vor allem die Stabilitätsanker des Eurosystems wegsprengen. Die inflatorischen Effekte, die wegen der im Augenblick gedämpften realwirtschaftlichen Entwicklung des Euroraums nicht sofort eintreten würden, kämen aber unvermeidlich mit zeitlicher Verzögerung, wenn die Transformation von Bankenliquidität in monetäre Liquidität („Geldmenge“) anspringt. Kommt die Preisdynamik aber erst einmal ins Laufen, ist sie kurzfristig nicht mehr und mittelfristig nur um den Preis einer Anpassungsrezession mit entsprechenden weiteren Belastungen für die Staatshaushalte zu stoppen.

Doch zurück zu den Konsequenzen von Eurobonds. Die Befürworter erwecken oft den Eindruck, Deutschland habe damit den „Schlüssel zur Krisenlösung“ in der Hand, wolle ihn aber aus Geiz nicht herausrücken. Nun darf es aber kein Tabu sein, über die finanzpolitischen Konsequenzen

offen zu sprechen. Und hierbei ist der mögliche Zinssatz von Eurobonds von höchster Bedeutung. Nach einschlägigen Berechnungen dürfte er für Deutschland eine Zinsmehrbelastung von 1,2 bis 2 Prozentpunkten bedeuten. Das hört sich wenig an, würde aber bei einer Staatsverschuldung von 2,1 Billionen Euro eine Mehrbelastung von 25 bis 42 Milliarden Euro ausmachen.

Langfristig noch schwerer als die finanzpolitischen Folgen wirken die negativen Anreizeffekte von Eurobonds. Ist erst einmal die Haftung für Schulden vergemeinschaftet, wird sich der Anreiz zu nachhaltiger Haushaltskonsolidierung schnell verflüchtigen. Der in der Marktdisziplin liegende Anreiz lässt sich auch nicht durch rechtliche Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung und für Strukturereformen ersetzen. Die Erfahrungen mit dem Stabilitätspakt haben eindrucksvoll gezeigt, dass solche Versuche dann erfolglos sind, wenn nicht starke ökonomische Anreize in die gleiche Richtung gehen. Nun ist der wirksamste Anreiz, durch eigene Anstrengungen das Marktvertrauen wieder zu gewinnen, die drohende Konsequenz der Staatsinsolvenz. Diese Drohung aber wäre gegenstandslos, wenn an die Stelle der individuellen Staatshaftung über Eurobonds die gemeinschaftliche Haftung träte. Die Marktdisziplin würde wirkungslos, wenn der Schuldner nicht mit dem wirtschaftlichen Verursacher der Verschuldung identisch ist.

Zudem ist kaum zu erwarten, dass Eurobonds nur als eine außerordentliche und somit vorübergehende Maßnahme zur Überwindung der Krise eingesetzt würden. Vielmehr haben die mit hohen Staatsschulden belasteten Euro-Staaten ein finanzpolitisches Interesse, Eurobonds als dauerhafte Finanzquelle zu installieren. Dies aber würde den institutionellen Rahmen der Währungsunion

dauerhaft verändern, die Marktdisziplin untergraben und letztlich den Euroraum als Ganzes schwächen. Dies würde auch Deutschland hart treffen, denn den Märkten ist bewusst, dass auch die deutsche Leistungsfähigkeit begrenzt ist und das Land nicht glaubwürdig die Haftung für die Schulden großer europäischer Partnerstaaten übernehmen kann.

Zu wenig beleuchtet werden auch die langfristigen Auswirkungen von Eurobonds auf den europäischen Einigungsprozess. Die Idee einer politischen Union würde in noch weitere Ferne rücken. Schon als in den 90er-Jahren das Junktim zwischen politischer Union und Währungsunion aufgegeben wurde, sank die Bereitschaft der Nationalstaaten, Souveränität zugunsten der europäischen Einigung abzugeben. Würde nun der ökonomische Vorteil



Alle Zitate auf dieser Seite stammen aus einem Essay des französischen Schriftstellers Edmond About.

Er hatte den Text 1855 nach einem mehrjährigen Aufenthalt in Athen verfasst.

„Die Beamten hören sich die Steuerpflichtigen erst einmal an. Wenn man sich dann duzt und verbrüdet, gibt es immer einen Weg, sich zu verständigen.“

Dramatische Folgen der Finanz- und Schuldenkrise auch in Spanien: Lange Schlangen vor den Arbeitsämtern und Bau ruinen überall im Land.



einer politischen Union, nämlich die Teilhabe an der Bonität und Kreditwürdigkeit Deutschlands am Kapitalmarkt, wiederum vorweg ohne Souveränitätseinbuße gewährt, würden Eurobonds auch europapolitisch kontraproduktiv wirken.

Nicht übersehen sollte man schließlich die rechtliche Fragwürdigkeit von Eurobonds. Sie würden gegen die vertraglich festgezurrt finanzpolitische Eigenverantwortung verstoßen und damit den für die europäische Währungsverfassung zentralen Grundsatz aufgeben, wonach kein Mitgliedstaat für die Verbindlichkeiten der anderen Mitgliedstaaten haftet (Artikel 125 des Arbeitsvertrags der EU). Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seiner „Griechenland-Entscheidung“ vom 17.09.2011 herausgestellt, dass „vertragsrechtliche Mechanismen, die auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen anderer Staaten hinauslaufen“, mangels konkreter Bewilligung durch den Bundestag sich nicht mit dem Budgetrecht des Parlaments vereinbaren lassen.

Was aber wären die Alternativen? Und dabei vor allem die Frage, ob die geduldige Strategie, sich nicht von den Erwartungen der Marktteilnehmer und ihrer Hektik treiben zu lassen, sondern kon-

sequent und verlässlich an der Vertrauensbildung zu arbeiten, von den Märkten auch honoriert wird. Immerhin zeigt das Beispiel Irlands, dass die entschlossene Korrektur der realen Wechselkurse über den Weg geringerer Lohnstückkosten verbunden mit nachhaltigen Ausgabekürzungen und einer Restrukturierung des Bankensystems von den Märkten offensichtlich honoriert wird.

Hilfreich wäre sicher auch, die sich überlagernde Vielzahl von Reformankündigungen, teilweisen oder schrittweisen Umsetzungen, Abschwächungen im Gesetzgebungsverfahren, erneuten Ankündigungen in den betreffenden Staaten durch eine klare Botschaft an die Märkte zu ersetzen.

So könnten die geplanten Maßnahmen in einem „gemeinsamen europäischen Projekt für Konsolidierung und Strukturreform“ (GEPKoS) zusammengefasst und in einem „europäischen Kalender“ klar herausgestellt werden. Dessen Fortschritte könnten monatlich mit einem Ampelsystem überprüft und der Öffentlichkeit gegenüber transparent gemacht werden. Wenn sich die „grünen Ampelsymbole“ mehren, der Trend zur Konsolidierung und Strukturreform also verlässlich ist, wird dies seine Wirkung auf die Märkte nicht verfehlen. ▲



Professor Dr. Franz-Christoph Zeitler war Präsident der Landeszentralbank Bayern und ab 2002 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. Von 2006 bis 2011 war er Vizepräsident der Bundesbank und Vertreter des Präsidenten bei der EZB.



Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zeigen den Weg aus der Finanzkrise

Stephan Götzl

Europa befindet sich gegenwärtig in einer wirtschaftlichen und politischen Ausnahmesituation. Die Unionsmitglieder und der Euro müssen eine gewaltige Bewährungsprobe bestehen. Das Gemeinschaftsprojekt Europäische Union ist in akuter Gefahr. Sollte Europa zerbrechen, wird es nur Verlierer geben. Denn die europäische Einigung ist die Versicherung für unsere Zukunft. Wir leben in einer globalisierten Welt, Schwellenländer wie China, Brasilien, Indien oder Russland sind die neuen Wachstumstreiber. Und sie werden immer mächtiger. Dagegen verlieren die USA ihre Dominanz. Um auf dem Weltmarkt weiterhin bestehen zu können, brauchen wir ein geeintes Europa, das fest zusammenhält.

Wer glaubt, Deutschland könne sich beim Klimaschutz, der Energiewende oder demokratischen Freiheitsrechten ohne die europäischen Partner international behaupten, der täuscht sich gewaltig. Das gilt in gleichem Maße für unsere wirtschaftlichen Interessen wie Rohstoffsicherheit, Sicherstellung von Handelsbeziehungen und Schutz des geistigen Eigentums. Ein starkes Europa kann viel schlagkräftiger gegen Patentverletzungen vorgehen als ein relativ kleines Deutschland. Wir müssen die europäische Wirtschaftskraft bündeln,

und dazu gehört vor allem eine starke gemeinsame Währung. Niemand kann ein wirkliches Interesse an einem Scheitern der Währungsunion haben. Und deshalb müssen wir jene Zocker anprangern, die die Belastbarkeit der Euro-Staaten mit leider legalen Wetten via Spekulation, Leerverkäufen und Schattenbanken testen. Ihnen ist außer dem eigenen Geldvorteil alles andere egal. Das ist ebenso verwerflich wie das Verhalten der ewig Gestrigen, die von Merkantilismus und Protektionismus träumen.

Doch um den europäischen Währungsverbund zu erhalten, muss es grundlegende Strukturreformen der Euro-Institutionen geben. Wir brauchen sozusagen einen Euro 2.0. Die Beschlüsse des Euro-Gipfels vom 8. Dezember 2011 sind ein großer Schritt nach vorne, wenngleich es Zweifel an ihrer Verbindlichkeit gibt. Sie sollten deshalb in einigen Punkten noch verschärft werden, um die ausufernde Staatsverschuldung dauerhaft zu begrenzen. Dazu gehört ein Stabilitätspakt, der wirklich greift. Das Defizitverfahren muss komplett entpolitisiert werden. Es wird jetzt für einzelne Mitgliedsstaaten zwar deutlich schwieriger, ein Verfahren zu verhindern. Aber noch immer richten Sünder über Sünder, wie Otmar Issing, der ehemalige Chefvolkswirt der EZB, es treffend ausdrückt. Deswegen muss bei einem Verstoß gegen den Pakt das Verfahren automatisch starten, ohne dass Regierungen diese verzögern können. Und wenn ein Land massiv sündigt, dann muss es, wie es die Bundesbank fordert, ein Stück seiner fiskalpolitischen Souveränität aufgeben und sich den Haushalt auf europäischer Ebene genehmigen lassen.

Deshalb ist die Einführung verbindlicher nationaler, Schuldenschränken in allen Euroländern uneingeschränkt zu begrüßen. Sie werden dem Konsolidierungsvorhaben noch mehr Glaubwürdigkeit verleihen. Allerdings wird es Deutschland nicht leicht fallen, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Denn auch wir schleppen Schulden von mehr als zwei Billionen Euro mit uns herum. Und jeden Tag kommen über 130 Millionen dazu. Auch wir stehen also vor gewaltigen Herausforderungen, zu denen auch das Demografie-Problem unserer Sozial- und Gesundheitssysteme gehören. Gleichwohl können wir die Krise im Euroraum überwinden, wenn die Politik die aktuellen Aufgaben meistert. Sie muss dazu erstens eine strikte Konsolidierungsstrategie implementieren. Hier ist man auf einem guten Weg.

Zweitens brauchen wir ein überzeugendes Wachstumsprogramm. Alleine mit Sparen werden wir die Krise nicht überwinden. Und drittens müssen die Finanzmärkte vollständig und ausgewogen reguliert werden. Dieser Punkt ist für mich zentral, wenngleich er noch zu wenig beachtet wurde. Denn Länder wie Spanien oder Irland wären auch unter den neuen, strengeren Fiskalregeln in der Krise. Immerhin waren sie haushaltspolitische Musterschüler und lange Zeit Vorbild für Deutschland. Sie stehen nicht wegen unverantwortlichen Regierungen, sondern wegen ihren Immobilienblasen und total überdimensionierten Banken am Abgrund.

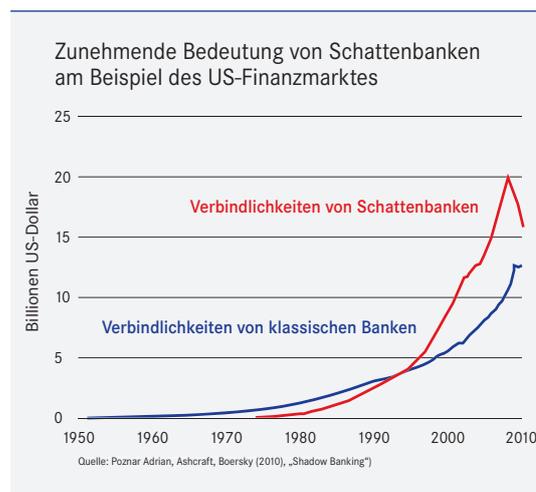
Die wichtigste Lehre, die wir aus den Versuchen der bisherigen Krisenbewältigung ziehen müssen, ist schlicht und einfach: Wollen wir wieder stabile Finanzmärkte haben, müssen wir die Marktdisziplin wiederherstellen. Dazu sind im Wesentlichen zwei Dinge nötig:

1. Gläubigerrisiken müssen ihren korrekten Preis haben. Dazu braucht es eine echte Insolvenzgefahr für systemrelevante Banken. Künftig darf es keinen

„Bail Out“ der Gläubiger mehr geben, weil die Politik Angst um die Finanzstabilität hat. Stattdessen brauchen wir einen klar definierten „Bail In“ von Fremdkapitalgebern.

2. Da sich Finanzmärkte nicht von selbst stabilisieren, brauchen sie einen vernünftigen Rahmen, der zumindest in Europa nach den gleichen Vorgaben geregelt ist. Denn Risiko- und Aufsichtsarbitrage, also das Ausweichen in weniger regulierte Länder, wie es heute noch üblich ist, dürfen nicht mehr stattfinden. Die verfehlte De- und Nichtregulierung einzelner Bereiche in den vergangenen Jahren müssen korrigiert werden.

Der erste Punkt betrifft natürlich die „too-big-to-fail“-Problematik. Durch die Krise ist dieses



Problem noch größer geworden. Seit den Bankenrettungen nach Lehman weiß jeder Gläubiger einer systemrelevanten Bank, dass er im Zweifel sein Geld zurückbekommt. Die Preise für Gläubigerrisiken sind deshalb völlig verzerrt. Das muss schleunigst korrigiert werden.

Der direkte Weg, dass man Gläubigerrisiken unmittelbar über eine Abgabe verteuert, ist nach einhelliger Meinung nicht gelungen. Dazu ist die Bankenabgabe viel zu ungenau. Dies wirklich zu verbessern wird wohl auch auf absehbare Zeit nicht gelingen. Und auch die Eigenkapitalzuschläge systemischer Banken im Rahmen von Basel III reichen bei weitem nicht.

Deshalb muss der indirekte Weg forciert werden. Das heißt, dass es für Gläubiger von systemischen Banken wieder ein Insolvenzrisiko geben muss. Gelingt das, dann verschwindet die Ursache der Verzerrung und die Risikobepreisung sollte funktionieren. Grundsätzlich ist das Restrukturierungsgesetz ein Schritt in die richtige Richtung. Es hakt allerdings an zwei Punkten: Erstens braucht man eine sehr gute internationale Abstimmung solcher Gesetze, damit man Großbanken auch grenzüberschreitend abwickeln kann. Noch viel wichtiger ist allerdings ein zweiter Aspekt: Das bisherige Gesetz sieht eine Aufspaltung einer →

„Die Südländer sind der Lösung ihrer Probleme bislang kein bisschen näher gekommen.“

„Der Zug ist in Richtung Transferunion abgefahren.“

„Deutschland wird einen erheblichen Teil seines Auslandsvermögens verlieren.“

Alle Zitate:
Professor Hans-Werner Sinn,
Münchener Ökonom und Chef
des Ifo-Instituts, in einem
Interview mit der FAZ
(18.2.2012)



insolventen Bank in einen systemrelevanten und einen nicht-systemrelevanten Teil vor. Aber welcher Teil der Passivseite einer Großbank ist nicht systemrelevant, abgesehen vom Eigenkapital, das aber bereits jetzt schon zum Großteil haftbar gemacht wird? Alle Gläubigeransprüche werden im Ernstfall bedient, man weiß ja nicht, wer sie hält. Möglicherweise eine andere Großbank, die ansonsten selbst in Schieflage gerät und eine Kettenreaktion auslöst. Das hat zur Folge, dass es bei einer Aufspaltung keine nicht-systemrelevanten Teile geben wird. Schuldtitel von systemrelevanten Instituten sind weiterhin privilegiert. Diese Verzerrung besteht fort, weshalb das ganze Gesetz wirkungslos ist.

Das ist aber kein Umstand, den man nicht beheben kann. Es ist durchaus möglich, die Vernetzung dieser Institute deutlich zu reduzieren. Beispielsweise könnte man systemische Banken dazu verpflichten, dass sie spezielle Anleihen begeben müssen, die keine anderen systemischen Banken kaufen dürfen. Wenn solche Anleihen dann beispielsweise von Fonds oder Privatanlegern gehalten werden, dann kann man sie auch am Verlust beteiligen, ohne dass man einen Systemcrash riskiert. Die Halter dieser Anleihen werden für ihr Risiko natürlich einen Preis verlangen. Und so erreicht man, dass die Schuldzinsen von systemischen Instituten die Risiken besser widerspiegeln. Genauso wie es für Gläubiger von Großbanken eine Insolvenzmöglichkeit geben muss, ist dies auch bei Staaten nötig. Wir brauchen im Euroraum ein Insolvenzrecht für Staaten. Auch hier darf es nicht sein, dass aufgrund unbegrenzter Risikoübernahmen durch Dritte die tatsächlichen Risiken verschleiert werden.

Der zweite Punkt, der für eine Wiederherstellung der Marktdisziplin nötig ist, ist die Verhinderung von Risiko- und Aufsichtsarbitrage. Denn falsche Risikoanreize gibt es nicht nur bei den Verbindlichkeiten von Banken, sondern auch bei einigen Finanzprodukten und auch bei anderen Sektoren des Finanzsystems. Hier landet man unweigerlich beim Thema Schattenbanken und Finanzinnovationen. Wegen der hohen Risikokonzentration, Intransparenz und fehlenden Überwachung stellen die dunklen Finanzmärkte weltweit eine erhebliche Bedrohung für die Volkswirtschaften dar. Es hilft für die Finanzsystemstabilität nichts, wenn wegen strengerer Vorschriften im regulierten Finanzsystem die Geschäfte einfach in einen unregulierten Bereich verlagert werden. Und das passiert ja bereits im großen Stil: Die sogenannten „Dark pools“, also völlig intransparente Handelsplattformen, werden immer bedeutender. Generell wächst der außerbörsliche Handel rasant. Und die Aufsicht ist weitgehend ahnungslos, was da konkret passiert. Deshalb kann es in diesem Bereichen zu Risikoanhäufungen kommen, die das Potenzial haben, eine weitere Systemkrise auszulösen. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Noch dazu, weil der volkswirtschaftliche Nutzen vieler dieser Finanzinnovationen sowieso fraglich ist. Deswegen muss die Politik

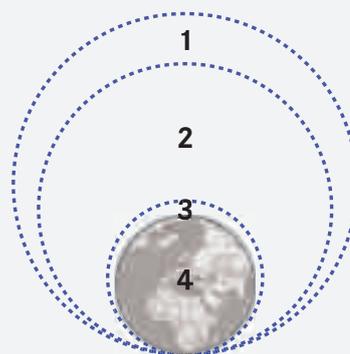


Professor Dr. h.c. Stephan Götzl ist seit 2005 Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Der Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Vortrags beim Peutinger-Collegium in München.

dringend handeln. Sie muss dem G20-Grundsatz „kein Finanzplatz, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt ohne Regulierung“ international Geltung verschaffen und das eklatante Regulierungsgefälle zwischen traditionellen Bankgeschäften und Schattenbanken beseitigen.

Das ist sehr wohl zu bewerkstelligen. Denn wenn man die Grundprinzipien unserer Sozialen Marktwirtschaft vor Augen hat, und dazu zählen das Haftungsprinzip, Markttransparenz, lückenlose Finanzmarktregulierung, das Wettbewerbsprinzip und die Möglichkeit von Marktaustritten, dann wird deutlich, dass es sehr wohl Wege gibt, diesen

Wachstum von Devisen- und Derivatemärkten weltweit



- 1 Volumen der Devisengeschäfte 2010: **955** Billionen US-Dollar
- 2 Außerbörslich gehandelte Finanzderivate 2010: **601** Billionen US-Dollar
- 3 Volumen gehandelter Aktien und Bonds: **87** Billionen US-Dollar
- 4 Zum Vergleich: **63** Billionen US-Dollar: Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen weltweit 2010

Quelle: IWF, BIZ, WFE

Grundsätzen wieder Geltung zu verschaffen. Und das müssen wir dringend. Denn ohne eine kluge Finanzmarktregulierung werden wir die Eurokrise nicht dauerhaft überwinden. Die nächste Krise wäre sogar mit Sicherheit vorprogrammiert. Deswegen brauchen wir endlich ein stabiles Finanzsystem, das Risiken minimiert, und nicht zusätzliche schafft. ▲

Kurz gemeldet

Begehrte Lehrlinge

Die Sorge der Arbeitnehmer um einen sicheren Arbeitsplatz weicht im Erfolgsland Bayern mehr und mehr der Suche der Arbeitgeber nach geeigneten Mitarbeitern. Derzeit fehlen in den rund 200 000 Betrieben 45 000 Fachkräfte. Selbst Lehrstellen, vor Jahren noch Mangelware, bleiben heute oft unbesetzt. Vor allem das bayerische Handwerk klagt: Gut 35 000 Lehrstellen wurden im vergangenen Jahr angeboten, aber nur 28 000 Lehrlinge konnte eingestellt werden. „Und nach der Lehre wechseln viele in die Industrie“, klagt Handwerkspräsident Heinrich Traublinger. Dort herrscht inzwischen Fachkräftemangel, was auch gut ist für Zeitarbeiter: In München werden schon über 40 Prozent in die Stammebelegschaft übernommen. ■



Die Chinesen kommen

Eine Legende verabschiedet sich: Mit Charme, Fleiß und Dirndl hat Gabriele Weishäupl 10 000 Tage lang als Münchner Tourismus-Chefin das Bild der Landeshauptstadt weltweit präsentiert. Der stolze Erfolg nach 27 Jahren: Zum neunten Mal in Folge war 2011 wieder ein Rekordjahr mit 11,7 Millionen Übernachtungen (plus 6 Prozent), fast die Hälfte der Gäste kam aus dem Ausland. Besonders erfreulich ist der wachsende Zuspruch aus Asien. Mit 142 247 stellten die Chinesen zwar noch eine überschaubare Gruppe, doch ihre Zahl wuchs in Jahresfrist um beachtliche 32,9 Prozent. „Da ist noch Musik drin“, meint Dirndl-Trägerin Weishäupl. Der Münchner Wirtschaft bringt der Tourismus-Boom einen Jahresumsatz von gut sieben Milliarden Euro. ■



Exzellenter Präsident

Kompetenz, Entscheidungsfreude und visionäre Kraft sind die herausragenden Eigenschaften von Professor Wolfgang Herrmann. Das bescheinigt dem Präsidenten der Technischen Universität München (TUM) eine Umfrage des Deutschen Hochschulverbandes, bei der er zum „Präsidenten des Jahres 2012“ gewählt wurde. Über 2900 Wissenschaftler haben sich an der Online-Abstimmung beteiligt. Die Plätze 2 und 3 gingen an die Professoren Lambert Koch (Wuppertal) und Elmer Weiler (Bochum). Herrmann, der die TUM zur Exzellenzuniversität geführt hat, war bereits Hochschulmanager des Jahres, er trägt den Bayerischen Verdienstorden und ist mit dem Großen Ehrentaler des Peutinger-Collegiums ausgezeichnet. ■



Parkticket per Funk

Droht den Parkscheinautomaten das Aus? Das Münchner Innovations-Unternehmen motionID technologies hat gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut einen zehn Zentimeter langen Chip entwickelt, der an der Windschutzscheibe klebt und per Funk die Parkzeit registriert sowie den Betrag online abbucht. Das spart Zeit und macht die Suche nach Münzen überflüssig. Erste Versuche in Parkhäusern von München, Essen oder Freiburg laufen bereits. ■

Integration nach Drehbuch



Große Ehre für die Würzburger Laientheatergruppe „Tschungulung“: Das 2003 gegründete internationale Ensemble erhielt von Landtagspräsidentin Barbara Stamm und den Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer (Bild links) den ersten Integrationspreis des Bayerischen Landtages und des Bayerischen Integrationsrates. „Die Preisträger machen Integration nicht nur erkennbar, sondern auch erlebbar“, lobte Stamm. „Tschungulung“ ging aus einem Kolping-Sprachkurs hervor, seine inzwischen 59 Mitwirkenden kommen aus über 30 Nationen, darunter sind Bolivianer, Tunesier und Ukrainer. „Theater ist das ideale Medium für interkulturelles Lernen und ein kreatives Transportmittel für Botschaften an das Publikum“, meint Theaterleiterin Sigrid Mahsberg. ■

Freiheit in Verantwortung

Joachim Gauck kann dem Land ein neues Wertebewusstsein geben



Von Glückwünschen überwältigt:
Bundespräsident Joachim Gauck im
Reichstag unmittelbar nach seiner
klaren Wahl im ersten Wahlgang.

Alois Glück

Noch keiner seiner Vorgänger ist mit ähnlich hohen Erwartungen ins Amt gestartet wie Bundespräsident Joachim Gauck. Die Gründe dafür liegen zu erheblichem Maß in der wochenlangen Debatte um seinen Vorgänger, sicher aber auch in der Persönlichkeit des neuen Staatsoberhauptes und in der Thematik, die er schon zu Beginn seiner Amtszeit anklingen ließ. Joachim Gauck verspricht ein Präsident der eindringlich-leisen Stimme zu werden, der mit beharrlichem Nachdruck unbequeme Wahrheiten ausspricht.

Schon heute kann man sagen: Freiheit und Verantwortung wird der überwölbende Begriff für die Amtszeit dieses Präsidenten sein. Das ist kaum erstaunlich bei einem Mann, der 50 Jahre alt werden musste, um das erste Mal in seinem Leben ein Parlament in freier und demokratischer Wahl mitbestimmen zu dürfen. Die Freiheit von politischer Gängelung und Diktatur hat für ihn selbstverständlich eine tiefere Bedeutung als für die Deutschen, die das Glück hatten, nach dem Krieg im westlichen Teil unseres Vaterlandes zu leben. Uns alle aber immer wieder daran zu erinnern, dass unsere politische und damit auch persönliche Freiheit kein Geschenk des Himmels ist, sondern achtsam gepflegt werden muss, wird uns eine segensreiche Mahnung sein.

Doch Joachim Gauck spannt den Begriff der Freiheit weiter, indem er der Freiheit die Verantwortung als gleichwertige Schwester zur Seite stellt. Er plädiert für eine soziale Kultur der Verantwortung, bei der nicht der Ruf nach dem Staat die erste Wortmeldung sein darf, sondern die Frage an sich selbst, was man zu leisten im Stande ist. In einer Rede vor dem Bayerischen Landtag hat Joachim Gauck diesen Gedanken mit unmissverständlichen und geradezu drastischen Worten formuliert: „Die größte Gefährdung für die Demokratie sind nicht ihre erklärten Feinde, sondern die satten Wohlstandsbürger.“ Seine

Forderung nach einem mündigen Bürger entspricht dem gesellschaftspolitischen Leitbild einer „Aktiven Bürgergesellschaft“. Diese Verbindung von Freiheit und Verantwortung im Sinne einer neu belebten Kultur der Verantwortung ist die Statik für unser Haus der Zukunft. Sie steht auf vier Pfeilern:

Verantwortung übernehmen für sich selbst, für seine eigene Lebensgestaltung und Lebensführung. Dazu muss im Mittelpunkt von Erziehung und Bildung stehen, zur eigenverantwortlichen und bewusst gestellten Lebensführung zu befähigen. Den Anspruch auf Freiheit zu entkoppeln von der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, ist eine der wesentlichen, wenn nicht vielleicht die wesentlichste Quelle für Fehlentwicklungen in unseren Gesellschaften. Die Folgen sind eine überstarke Ichorientierung und eine Selbstverwirklichung, die oft nur den Egoismus kaschiert. Verloren geht dabei die für eine freiheitliche Gesellschaft unerlässliche Balance von Rechten und Pflichten.

Verantwortung übernehmen für den Mitmenschen. Keiner lebt für sich allein, jeder ist auf andere angewiesen. Keiner ist so stark, dass er nicht andere braucht, und niemand ist so schwach, dass er nicht für andere eine Bereicherung sein kann. Deswegen trägt jeder Mensch auch Verantwortung für den Anderen und für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. In der Zuwendung →

„Joachim Gauck plädiert für eine soziale Kultur der Verantwortung, bei der nicht der Ruf nach dem Staat die erste Wortmeldung sein darf, sondern die Frage an sich selbst, was man zu leisten im Stande ist.“

Unser Land

Wie soll dieses Land aussehen, zu dem unsere Kinder und Enkel „unser Land“ sagen? Es soll „unser Land“ sein, weil „unser Land“ soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Aufstiegschancen verbindet. Der Weg dazu ist nicht der einer paternalistischen Fürsorgepolitik, sondern der eines Sozialstaates, der vorsorgt und ermächtigt. Wir dürfen nicht dulden, dass Kinder ihre Talente nicht entfalten können, weil keine Chancengleichheit existiert. Wir dürfen nicht dulden, dass Menschen den Eindruck haben, Leistung lohne sich für sie nicht mehr und der Aufstieg sei ihnen selbst dann verwehrt, wenn sie sich nach Kräften bemühen. Wir dürfen nicht dulden, dass Menschen den Eindruck haben, sie seien nicht Teil unserer Gesellschaft, weil sie arm oder alt oder behindert sind.

Freiheit ist eine notwendige Bedingung von Gerechtigkeit. Denn was Gerechtigkeit – auch soziale Gerechtigkeit – bedeutet und was wir tun müssen, um ihr näherzukommen, lässt sich nicht paternalistisch anordnen, sondern nur in intensiver demokratischer Diskussion und Debatte klären. Umgekehrt ist das Bemühen um Gerechtigkeit unerlässlich für die Bewahrung der Freiheit. Wenn die Zahl der Menschen wächst, die den Eindruck haben, ihr Staat meine

es mit dem Bekenntnis zu einer gerechten Ordnung in der Gesellschaft nicht ernst, sinkt das Vertrauen in die Demokratie. „Unser Land“ muss also ein Land sein, das beides verbindet: Freiheit als Bedingung für Gerechtigkeit und Gerechtigkeit als Bedingung dafür, Freiheit und Selbstverwirklichung erlebbar zu machen.

In „unserem Land“ sollen auch alle zu Hause sein können, die hier leben. Wir leben inzwischen in einem Staat, in dem neben die ganz selbstverständliche deutschsprachige und christliche Tradition Religionen wie der Islam getreten sind, auch andere Sprachen, andere Traditionen und Kulturen, in einem Staat, der sich immer weniger durch nationale Zugehörigkeit seiner Bürger definieren lässt, sondern durch ihre Zugehörigkeit zu einer politischen und ethischen Wertegemeinschaft, in dem nicht ausschließlich die über lange Zeit entstandene Schicksalsgemeinschaft das Gemeinwesen bestimmt, sondern zunehmend das Streben der Unterschiedlichen nach dem Gemeinsamen: diesem unseren Staat in Europa.

Auszug aus der Antrittsrede von Bundespräsident Joachim Gauck im Reichstag am 23. März 2012



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Meide

„Mit keinem Amt verbinden sich mehr Erwartungen auf Vertrauen und Autorität“: Bundestagspräsident Norbert Lammert (r.) vereidigt Bundespräsident Joachim Gauck.

Vertrauen

Der vorzeitige Wechsel im höchsten politischen Amt der Republik ist weder eine Staatskrise noch eine Routineangelegenheit. Diese heutige Versammlung findet nur 20 Monate nach der letzten Bundesversammlung statt, die am 30. Juni 2010 Christian Wulff zum zehnten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt hat. Die Geschichte dieser kurzen Präsidentschaft wird zu einem späteren Zeitpunkt geschrieben werden.

Die Umstände des Rücktritts und die Gründe, die dazu geführt haben, werden erst mit angemessenem Abstand zu den Ereignissen fair zu bewerten sein. Dabei geht es auch um das Verhältnis von Amt und Person, um Erwartungen an Amtsträger, aber auch um die Rolle der Öffentlichkeit, der öffentlichen wie der veröffentlichten Meinung. Dies gilt für Beteiligte und Betroffene wie für Beobachter. Es gibt durchaus Anlass für selbstkritische Betrachtungen, nicht nur an eine Adresse.

Manches war bitter, aber unvermeidlich. Manches war weder notwendig noch angemessen, sondern würdelos, von der zunehmenden Enttarnung im Internet, im Schutze einer tapfer verteidigten Anonymität, gar nicht zu reden...

Heute erfüllt die freie Presse eine wichtige und unverzichtbare Kontrollfunktion in unserer Demokratie. Es gibt keine Demokratie ohne Transparenz und ohne Kontrolle. Aber Demokratie ist mehr als der Anspruch auf organisierte Transparenz. Demokratie braucht auch Vertrauen. Sie gründet auch und vor allem auf dem Vertrauen in ihre Repräsentanten. Ein auf Dauer gesetztes Misstrauen zerstört nicht nur jede persönliche Beziehung, sondern macht auch die Wahrnehmung öffentlicher Ämter unmöglich.

Mit keinem Amt verbinden sich mehr Erwartungen auf Vertrauen und Autorität als mit dem Amt, das wir heute durch diese Bundesversammlung neu zu besetzen haben. Die Erwartungen und Hoffnungen an den Bundespräsidenten sind riesig, wobei die Nüchternheit des Verfassungstextes wie die darin niedergelegten Aufgaben und Kompetenzen in einem bescheidenen Verhältnis zu den hohen Erwartungen an den jeweiligen Amtsinhaber stehen.

Auszug aus der Rede von Bundestagspräsident Norbert Lammert vor der Bundesversammlung am 18.3.2012

„Der neue Bundespräsident kann unserem Land einen großen Impuls für ein neues Wertebewusstsein zu geben.“

zum anderen entwickeln wir unser Menschsein. Deshalb ist diese nicht ein einseitiger Opfergang sondern der Weg zur Sinnfindung und Bereicherung des eigenen Lebens. Das ist auch die Erfahrung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements. Wer sich engagiert, gewinnt für sein Leben.

Verantwortung übernehmen für das Gemeinwesen und den Staat. Das Zusammenleben zu gestalten ist nach der christlichen Sozialethik nicht vorrangig Aufgabe des Staates, sondern der Menschen selbst. Das bedarf der entsprechend engagierten Bürgerinnen und Bürger. Zu einer tragfähigen Zukunftsstrategie, zu einer zukunftsfähigen Kultur gehört eine Neubelebung des Leitbildes des Bürgers, der sich für sein Gemeinwesen mitverantwortlich fühlt und sich entsprechend seiner Möglichkeiten einbringt. Der „mündige Bürger“ schafft die „aktive Bürgergesellschaft“.

Verantwortung übernehmen für die Nachkommen. Vor allem in der Wirtschaft, zunehmend aber auch in der Politik, registrieren wir einen Wandel vom langfristigen zum kurzfristigen Denken. Die Folgen solchen Erfolgsdenkens ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Lebensbereiche. Exemplarisch dafür: Angenehm leben auf Kosten der Nachkommen, indem wir uns ständig neu verschulden, gegen besseres Wissen unsere Sozialsysteme nicht um-

strukturieren und die Natur überlasten. So wie wir heute bequem leben auf Kosten der Nachkommen, beuten wir die Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen aus und verletzen den Maßstab Generationengerechtigkeit eklatant.

Dem Bürgerrecht die Bürgerpflicht zur Seite zu stellen, die Freiheit mit der Verantwortung für sich selbst und für den Mitmenschen zu verknüpfen sowie die Nachhaltigkeit als entscheidende Orientierung für den Weg in die Zukunft anzumahnen, das sehe ich als das große Thema unseres neuen Bundespräsidenten. Und da Joachim Gauck in der Vergangenheit bewiesen hat, dass er die Herzen der Menschen erreichen kann, bin ich zuversichtlich, dass ihm gelingen wird, in diesen Herzen auch das Pflichtbewusstsein als Motor zur Verantwortung tiefer zu verankern.

Von Joachim Gauck ist keine Ruck-Rede zu erwarten. Aber mit seiner pastoral-eindringlichen Art kann ihm gelingen, vom höchsten Amt im Staate aus unserem Land einen großen Impuls für ein neues Wertebewusstsein zu geben. Hin zu einer Bürgergesellschaft, die sich in die Pflicht nehmen lässt und die aktiv daran mitarbeitet, die Fehler der Vergangenheit zu tilgen, die Gegenwart sozial zu gestalten und für die Zukunft schon heute Verantwortung zu übernehmen. ▲



Alois Glück, 1940 im oberbayerischen Hörzing geboren, ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Von 2003 bis 2008 war der CSU-Politiker Präsident des Bayerischen Landtags, dem er seit 1970 angehörte.

Öffentliche Hatz

Eine Nachbetrachtung zum neuen Volkssport Präsidenten-Bashing

Wolfram Weimer

Drei Bundespräsidenten innerhalb von drei Jahren sind ein Indiz dafür, dass etwas nicht stimmt mit der öffentlichen Moral. Bundespräsidenten sind Projektionsflächen für kollektive Moralität, und wenn sie in Serie gemobbt werden, dann sagt das nicht nur etwas über deren individuelle Schwächen, sondern auch über die Gesellschaft. Ungute Dinge werden dabei offenbar: der Respekt vor Ämtern wie Personen schwindet, bissige Kleinlichkeit breitet sich aus und aggressive Häme wird öffentliche Stilform. Man könnte es auch altmodisch sagen: die christliche Milde und bürgerliche Tugenden wie Achtung, Respekt, Anstand, Nachsicht, Mitgefühl gehen uns verloren. Leider.

Die Wunden der öffentlichen Hatz gegen Köhler und Wulff klaffen noch, da fällt die halbe Republik schon über den nächsten ihn her. Joachim Gauck ist nur kurze Zeit „Präsident der Herzen“ gewesen. Nun schimpfen Linke ihn bereits „Präsident der kalten Herzen“. Grüne ätzen, weil er Sarrazin „Mut“ attestiert. Sozialdemokraten wettern, weil er Antikapitalismus „albern“ und unseren Sozialstaat in Teilen überdehnt findet. Türkische Verbände halten ihn für migrationsunfreundlich, die Piratenpartei verunglimpft ihn als repressiven Internet-Opa, und selbst ehemalige DDR-Bürgerrechtsgeliebten denunzieren ihn als Opportunisten.

Als brauche die Republik nach der beispiellosen Entehrung von Christian Wulff nun das nächste Opfer, so formiert sich im Internet die „Not-my-president“-Bewegung. Nach dem gierigen „Schmiergeld-Maxe“ komme nun der eitle „Ego-Shooter“. Präsidenten-Bashing scheint Volkssport zu werden. Es kursieren bereits Party-Fotos von Gauck, die ihn mit Carsten Maschmeyer und Veronika Ferres zeigen, selbsternannte Bürgerreporter schnüffeln im Privatleben seiner Frauen herum und es wird nicht



lange dauern, da werden seine Hotelrechnungen und Flugbuchungen bestimmt auf Facebook gepostet. Während man früher einem werdenden Bundespräsident mit besonderem Respekt begegnete, so ist er heute Freiwild der Mobbingmeute.

Leider ist diese Unart inzwischen Teil unserer Alltagskultur – vor allem in den Medien: Wenn Dieter Bohlen im Fernsehen vermeintlich Superstars sucht und dabei die hämische Herabwürdigung von menschlichen Schwächen zum Massenspektakel erhebt. Wenn Heidi Klum junge Mädchen vor aller Welt wegen ihrer Laufweise oder ihrer Pfunde zum Gespött von Millionen macht. Wenn Menschen in Big Brother-Container eingesperrt werden und rund um die Uhr bei den intimsten Verrichtungen gefilmt werden. Wenn Halbprominente gedungen werden, in einem Dschungel Kakerlaken und Kot essen, und ein Millionenpublikum auf Schadenfreude und Ekel programmiert wird.

Dem bürgerlichen Leitbild des Respekts wird das mediale Entertainmentbild der Häme entgegen gesetzt. Die Liebe selbst wird dabei ebenfalls zum Spielball des Schadenfreude-Spiels. Wenn zum Beispiel ungelenke Bauern Frauen suchen, dann ist das zynische Fernseheteam in Kuhstall wie Schlafzimmer nah dabei und entwürdigt einfache Menschen in ihren privatesten Dingen. Gefühle werden Inszenierungsware, die Liebe eines Bauern degeneriert zum Medienmaterial für massenhaftes Fremdschämen.

Das negative Spektakel um unsere Bundespräsidenten wirft daher ein Spiegelbild auf eine Gesellschaft, die ihre Integrität zu verlieren droht. Das uralte Kleid einer kollektiven Moral der wechselseitigen Achtung wird zugunsten eines neo-bunten Narrenkostüms der Schadenfreude ausgezogen. Es wird Zeit, dass dieser Garderobenwechsel gestoppt wird. Mit dem Respekt vor Joachim Gauck und seiner Freiheitsidee kann man beginnen. Denn es muss auch eine Freiheit vor Erniedrigung geben. ▲

„Ritsche, ratsche, voller Tücke, in die Brücke eine Lücke“:

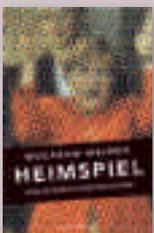
Wie früher Lehrer Lämpel bei Wilhelm Busch, haben es auch heute Autoritäten in Deutschland schwer.

„Im Großen und Ganzen respektieren wir einander. Ohne diesen sozialen Schmierstoff würden wir die Errungenschaften der Zivilisation verlieren. Ich möchte mir eine Welt ohne Respekt nicht vorstellen wollen.“

Prof. Dr. phil. Niels Van Quaakebeke von der Hamburger Kühne Logistik Universität. Sein Arbeitsschwerpunkt sind Fragen zum Thema Respekt.



Wolfram Weimer (47), ist Publizist und Verleger, war Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt“ sowie des Nachrichtenmagazins „Focus“. 2004 gründete er das Politikmagazin „Cicero“. Aktuell übernimmt er zahlreiche Wirtschaftsmedien (darunter „Börse am Sonntag“), die er fortan verlegerisch betreut.



Wolfram Weimer

Heimspiel

Eine alternativlose Realsatire

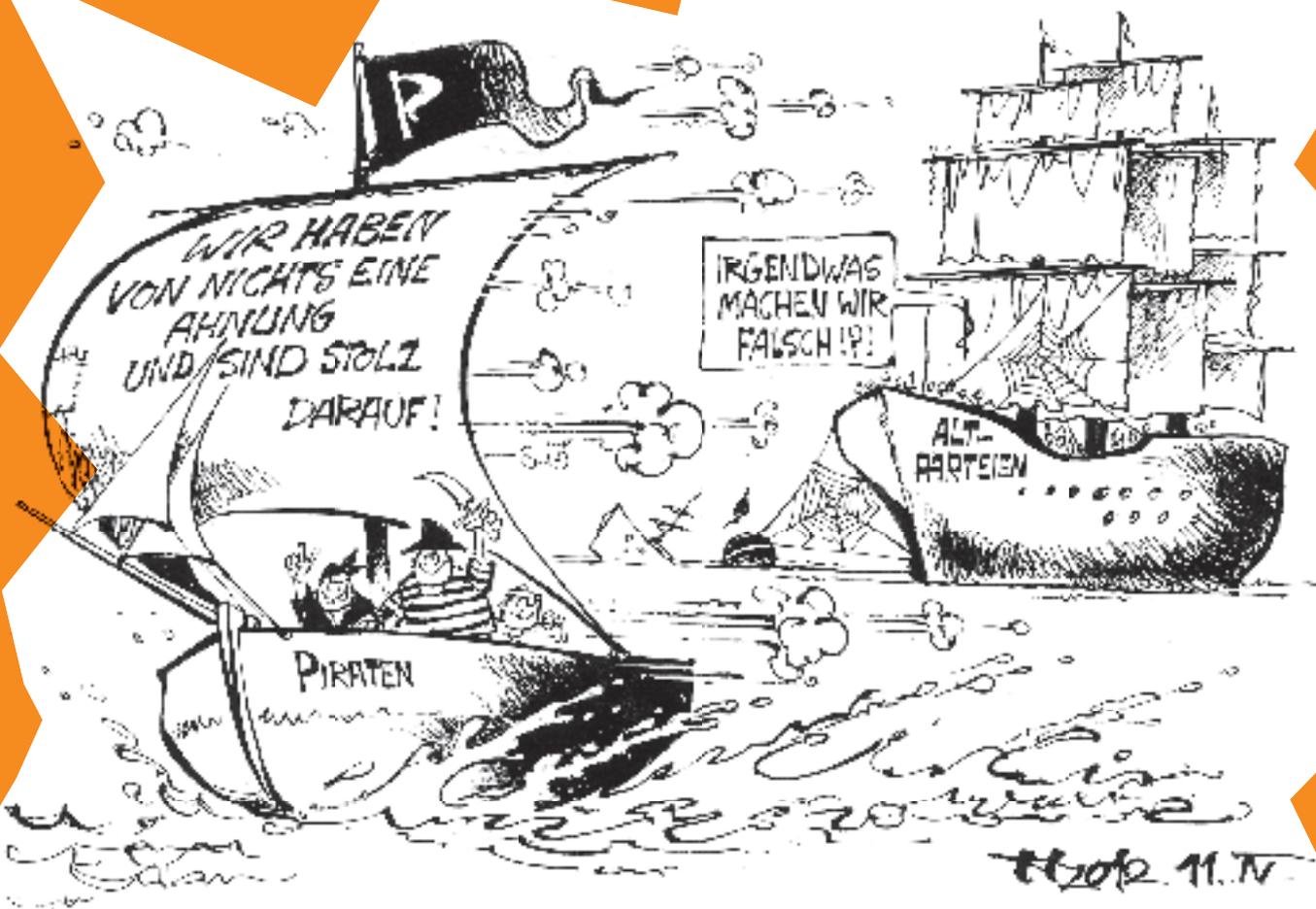
Quadriga-Verlag
112 S., 12,99 Euro

Erster Roman zur Bundespräsidentenkrise

Zeitgleich zur Bundespräsidentenwahl hat Peutinger-Mitglied Wolfram Weimer eine amüsante Satire zum politischen Betrieb in Berlin veröffentlicht: Franz Beckenbauer soll Staatsoberhaupt werden, was eine Kettenreaktion aus Intrigen, PR- und Machtspielen in Gang setzt. „Ein Buch, in dem die Satire die Wirklichkeit überholt“, urteilt Literaturkritiker Helmut Karasek.

Virtuelles Freibier für alle

Der wundersame Aufstieg der Piraten:
„Fertigmachen zum Träumen“



Karikatur: Horst Heitzinger

Hugo Müller-Vogg

Das Berliner Abgeordnetenhaus haben sie bereits gekapert, das Saarbrücker Landesparlament ebenso. Noch weiß niemand, ob die Piraten sich dauerhaft als sechste politische Kraft etablieren können, ob sie 2013 den Bundestag entern oder selber kentern. Immerhin kann sich inzwischen, so berichten die Allensbacher Meinungsforscher, jeder fünfte Wähler vorstellen, sein Kreuz bei den Piraten zu machen. Da drängt sich die Frage auf, warum diese neue Partei so stark ist.

Am politischen Personal kann es nicht liegen: Die Spitzen-Piraten kennt keiner. Am Programm auch nicht. Denn zu wesentlichen Fragen wie der Finanzkrise, der Energiewende oder dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit haben die Piraten keine Antworten. Sie vertrauen auf die „Schwarmintelligenz“ ihrer Mitglieder. Je mehr sich per Mausklick an politischen Diskussionen beteiligten, so das naive Kalkül, umso qualifizierter müssten die Antworten ausfallen. Da kann man nur sagen: Schauen mer mal.

Im Kern sind die Piraten eine Internetpartei. Sie entstanden vor der Bundestagswahl 2009, weil sie die Sperrung von Kinderpornoseiten als fundamentalen Angriff auf die Selbstverwirklichungsansprüche von Computer-Freaks sahen. Ohnehin soll die Freiheit im Netz grenzenlos sein. Geistiges Eigentum ist für sie ein Fremdwort, und zwar ein ganz böses. Jeder soll sich kostenlos aneignen dürfen, was man im Netz herunterladen kann: Virtuelles Freibier für alle.

Das Piraten-Motto „alles gratis“ wurde inzwischen ausgeweitet: auf Freifahrten in Bussen und Bahnen zum Beispiel. Oder auf ein staatliches

Die Programmvor schläge lesen sich wie fröhliche Wunschzettel. Allzu komplizierte Entscheidungen werden einfach vertagt – oder sie scheitern an einer Zweidrittelmehrheit, die Voraussetzung für jede Programmänderung ist.

Süddeutsche Zeitung am 4.4.2012 zu Parteitag der Piraten

bei ihnen populärer als das Nachdenken über die Kosten und die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Art von Wahlfreiheit.

Am deutlichsten punkten kann die neue Partei mit ihrer Forderung nach möglichst vollständiger politischer Transparenz. Die Bürger sollen alles wissen dürfen, was in der Politik passiert. Ein durchaus wichtiges Anliegen. Und weil das Wutbürgertum seit Stuttgart 21 in ist, gefällt das nicht wenigen Wählern. Freilich stoßen Wunschvorstellung und Wirklichkeit hier hart aufeinander. Die Bürger nutzen schon heute nur einen Bruchteil der Informationsmöglichkeiten, die Staat, Parteien und gesellschaftliche Gruppen anbieten. Schwer vorzustellen, dass der Durchschnittsbürger künftig Sitzungen irgendeines Landtags-Unterausschusses atemlos vor dem Bildschirm verfolgen und sich per Facebook und Twitter in die entsprechenden Diskussionen einbringen. Nur zur Erinnerung: Transparenz wurde in den Gründerjahren der Grünen auch ganz groß geschrieben.

Bis die Partei in der Wirklichkeit ankam, bei Fraktionssitzungen ihre Türen wieder abschloss und die viel gerühmte Basisdemokratie durch ein Delegiertensystem ersetzte – ganz nach dem Beispiel der angeblich so altmodischen etablierten Parteien.

Schon jetzt werden Piraten den eigenen Ansprüchen nach Transparenz nicht gerecht. Ihre Diskussionen führen sie im Internet im Schutz der Anonymität: Jeder darf alles sagen – doch verantworten muss sich keiner. Dass dies dem Diskussionsniveau nicht gut tut, liegt auf der Hand: Unter Pseudonym verfällt mancher schneller in üble Beschimpfungen, als er dies unter seinem wahren Namen täte. Ganz nebenbei: Als einige Berliner Jung-Abgeordnete gleich nach der Wahl Partnern und Freunden gut bezahlte Jobs zuschanzten, geschah dies klammheimlich und wurde nicht etwa in alle Welt hinausposaunt. Offenbar klafft zwischen den Aktivisten der Piraten, die mit Hilfe der modernen Kommunikationstechniken quasi öffentlich leben, und ihren Wählern eine große Lücke. Gewählt wurden die Piraten bisher vor allem von Protestwählern, die es „denen da oben“ mal zeigen wollten. Gerade weil sie kein Programm und kein Profil haben, kann jeder, der mit der Welt und sich selber unzufrieden ist, seine heimlichen Sehnsüchte auf die Piraten projizieren: Fertigmachen zum Träumen! So stellte die Forschungsgruppe Wahlen nach der Wahl an der Saar fest: „In einem Bundesland, in dem Politikverdruss weit oben auf der Agenda steht, werden die Piraten für 85 Prozent der Saarländer wegen der Unzufriedenheit mit den anderen Parteien gewählt und nur für sieben Prozent wegen der Inhalte.“

Die Piraten sind schneller als jeder andere politische Newcomer zu einer Kraft geworden, mit der auf absehbare Zeit zu rechnen ist. In Sechs-Parteien-Parlamenten könnten Zweier-Koalitionen seltener, instabile Dreier-Bündnisse häufiger und Große Koalitionen zur Regel werden. Wobei die Piraten ihren eigenen Aussagen zufolge die eigene Politikunfähigkeit zum Programm erhoben haben.

Die Piraten lehnen Fraktionszwang ebenso kategorisch ab wie Koalitionsdisziplin. Jeder Pirat stimmt ab, wie es ihm gefällt. Ihre führenden Politiker haben keine eigene Meinung, sondern stehen für das, was nach endlosen Internet-Debatten beschlossen wird. Unsere parlamentarische Demokratie wird daran nicht zugrunde gehen. Doch bleibt festzuhalten: Im Vergleich dazu war die erste Grünen-Fraktion, die 1983 in den Bundestag einzog, eine Ansammlung ernsthafter, ja verantwortungsbewusster Staatsmänner und -frauen. ▲



Foto: Laurence Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg ist Publizist in Berlin und u.a. BILD-Kolumnist. Der frühere Mitherausgeber der FAZ hat mehrere Bücher über die Parteien und ihre Politiker geschrieben.

Wir brauchen JA-Sager

Beim Bürgerentscheid geht es um mehr als um eine Startbahn

Christine Bortenlänger

Stuttgart 21 hat uns gezeigt, wie laut die Stimmen der Nein-Sager sein können – und doch setzten sich am Ende die Ja-Sager, die Befürworter eines unterirdischen neuen Bahnhofs, beim Volksentscheid klar durch. Denn eigentlich wollen die Deutschen den Fortschritt.



© Flughäfen München GmbH



© Flughafen München GmbH

Ready for Boarding: Bei der Premiere des neuen Spielflugzeugs im Terminal 2 des Münchner Flughafens stürmen die jungen Passagiere mit großer Begeisterung zum „Eröffnungsflug“.

Es scheint, als neige sich die Phase des Nein-Sagens langsam einem Ende zu und als würden die Befürworter einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur den Nein-Sagern immer stärker entgegenreten. In München werden die Bürger Mitte Juni über den Bau einer 3. Start- und Landebahn für den Flughafen München entscheiden. Die Gegner des Flughafenbaus sind bereits lautstark in Aktion getreten. Weil die Befürworter ihnen das Feld nicht alleine überlassen wollen, haben sie das „JA zur 3. Startbahn“ geformt. Neben den drei Parteien SPD, CSU und FDP wird das Bündnis von fünfzehn Vereinen, Kammern und Verbänden, zahlreichen namhaften Unternehmen aus der Region sowie vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützt.

Der Standort München profitiert von einem funktionierenden und wettbewerbsfähigen Drehkreuz. Dieses gilt es zu erhalten und weiter auszubauen, um Warteschleifen in der Luft zu vermeiden, eine Vielzahl an Destinationen anzufliiegen und als Wirtschaftsstandort Bayern attraktiv zu bleiben. Natürlich gibt es Argumente für und gegen einen Ausbau, die Bürger sollten allerdings die Chance bekommen, sich ohne Anfeindungen eine eigene Meinung zu bilden und sich entsprechend für oder gegen den Ausbau zu entscheiden. Boykottaufrufe und persönliche Angriffe auf Unterstützer durch die Gegner tragen mit Sicherheit nicht dazu bei.

Und auch wenn die Gegner argumentieren, dass zwei Bahnen reichen und der Flughafen noch Kapazitäten habe, bleiben sie nicht ganz bei den Tatsachen. Denn Fakt ist: Die Zahl der Flüge hat sich seit Eröffnung des Flughafens 1992 mehr als verdoppelt. Im selben Zeitraum ist die Passagiernachfrage sogar auf das Dreifache angestiegen. Die bestehenden Start- und Landebahnen sind zu den Spitzenzeiten heute schon völlig überfüllt: Staus und Wartezeiten bestimmen unseren Alltag. Um diese Wartezeiten zu reduzieren und das Bahnsystem weiter zu entlasten,

müssen zusätzliche Starts und Landungen ermöglicht werden. Nur durch den Ausbau des Münchner Flughafens werden die notwendigen Kapazitäten für den Bedarf der Zukunft geschaffen.

Auch die Aussage der Nein-Sager, dass die 3. Startbahn nur Managern und Vielfliegern nutze, scheint



© Flughafen München GmbH

mir eher polarisierend zu sein. Mein Eindruck ist, dass genauso Touristen und Familien auf dem Weg in den verdienten Urlaub das Drehkreuz München nutzen. Vom Ausbau des Flughafens profitieren alle. Es entstehen dadurch viele neue Verbindungen, neue Exportchancen und eine Vielzahl neuer Jobs. Daraus resultieren wiederum zusätzliche Steuereinnahmen, die für eine bessere Infrastruktur und soziale Einrichtungen eingesetzt werden können.

Egal, ob einen diese und andere Argumente überzeugen oder nicht, wichtig ist, dass auch die Gegner bei den Tatsachen bleiben und nicht versuchen, die Bürger durch unzutreffende Argumente falsch zu informieren und auf ihre Seite zu ziehen.

Es wird örtlichen Widerstand geben, aber für das Gemeinwohl muss dieser überwunden werden. Wir brauchen JA-Sager, um wettbewerbs- und zukunftsfähig zu bleiben und den nachfolgenden Generationen einen attraktiven Lebensraum zu hinterlassen. ▲

Erneuter Erfolg für Münchens Flughafen-Chef Michael Kerkloh: 12 Millionen weltweit befragte Passagiere wählten den Franz-Josef-Strauß-Airport zum besten Flughafen in Zentraleuropa. Beim „World Airport Award“ belegt München Platz 6 hinter Seoul, Singapur, Hongkong, Amsterdam und Peking.



Dr. Christine Bortenlänger ist Geschäftsführerin der Bayerischen Börse AG in München. Demnächst wechselt die 45-Jährige an die Spitze des Deutschen Aktieninstituts (DAI) nach Frankfurt.

Frost im Frühling

Die militante Unruhe der arabischen Jugend erschüttert den Nahen Osten

Michael Stürmer

Der französische Marschall Liautey, dessen palastartige Residenz im marokkanischen Rabat man noch heute bewundern kann, galt zu seiner Zeit als der beste Kenner der arabischen Welt. Von ihm stammt das Wort, das die heutige Lage in einem einzigen Satz zusammenfasst: „Es ist ein Trommler im Orient, und wenn er die Trommel rührt, dann hört man es vom Atlas bis zum Hindukusch.“

Der französische Prokonsul im Königreich Marokko hat damals nicht nur das umrissen, was man seit dem Ende der Weltteilung des Kalten Krieges den Greater Middle East nennt, den Weiteren Mittleren Osten, vom Mittleren Nil bis zum Kaspischen Meer und von Libyen bis Pakistan. Er hat auch die ansteckende Unruhe benannt, die via soziale Medien und Aljazirah die Nordafrika und Mittelost-Region in revolutionäre Unruhe gebracht hat, deren Ziel und Ende nicht absehbar sind, so wenig wie Mittel und Methoden. Mehr als ein Jahr, nachdem sich in einer tunesischen Provinzstadt ein Fruchtverkäufer in Brand steckte – wohl ohne zu wissen, dass er ein Fanal setzen würde –, hat sich die Ungewissheit ausgebreitet wie ein Ölfleck. Aber die Tatsache, dass die Aktivisten von Demokratie sprachen, bedeutet noch lange nicht, dass es auch so kommt, und noch

weniger, dass hier Demokratie im westlichen Sinne verstanden wird – mit Rechtsstaat, Gleichheit der Geschlechter, Meinungs- und Religionsfreiheit.

Die Tradition, eingeschlossen das Familien- und Strafrecht der Scharia, stirbt langsam. In Marokko hat der König Mohamed VI. seinen Reformkurs beschleunigt. Aber in Ägypten streben die Muslim-Brüder an die Macht, und sie haben mit westlichen Werten und vor allem Menschenrechten und Gleichheit im westlichen Verständnis nicht viel im Sinn. Wie jede Revolution hat auch das Geschehen in der arabischen Welt vielerlei und durchaus gegenläufige Ursachen. Aber keine ist wichtiger als die Rebellion der Jugend – in Tunesien sprach man deshalb von der „revolte des diplômes“ – dem Aufstand der Diplomierten, die keine Arbeit finden, nicht heiraten und

eine Familie gründen können und damit, nach islamischem Verständnis, den irdischen und religiösen Sinn ihres Lebens verfehlen.

Das ist sozialer Sprengstoff, der seine Ursache findet in der Bevölkerungsexplosion der vergangenen Jahrzehnte wie in der Orientierungslosigkeit im postreligiösen Zeitalter, das an die Türen der Macht pocht. Der Nasser-Sozialismus hat Ägypten vor 50 Jahren nichts als Armut und Enttäuschung gebracht. Die Chomeini-Revolution im Iran, die 1979 den Schah von Persien und seine weltliche Herrschaft stürzte, hat ungeachtet der religiösen Klüfte zwischen Sunni und Schia eine islamische Wiedergeburt eingeleitet, die aber auf die Herausforderungen der modernen Welt, der Computer und der Globalisierung jede Antwort verweigerte und nach heutigem Erkenntnisstand weiter verweigern wird. Der Westen unterschätzt die religiösen Grundwellen, die da unterwegs sind.

Mittlerweile mischen sich soziale Revolution und soziale Konflikt, am deutlichsten in Bahrein, der kleinen, aber strategisch extrem wichtigen Halbinsel im Persischen Golf: Die Masse der Bevölkerung sind Schiiten, wie die auf dem Nordufer des Golfs sitzenden Iraner; aber die herrschende Klasse und der Monarch sind Sunniten. Die Unterschicht macht die Arbeit, die Oberschicht schwimmt im Geld. Als die Rebellion auch Bahrein erreichte, schickten die Saudis eintausend Mann mit Panzern und Truppentransportern, um der örtlichen Polizei den Rücken zu stärken. Das Ergebnis ist ein Schwebезustand, dessen Endergebnis wahrscheinlich davon abhängt, wie die Region insgesamt sich verändert.

Ägypten ist von jeher Führungsmacht durch die Masse seiner Bevölkerung, durch seine Universitäten und seinen militärischen Vorrang. Aber Saudi Arabien verfügt über die größten Ölreserven der Welt und kann seiner eigenen Bevölkerung den revolutionären Zorn abkaufen. Zum einen versteht das Regime der tausend Prinzen, die Geheimpolizei einzusetzen und Patronage klug an die Insider zu verteilen; zum anderen kann die Regierung in Riyadh dem Volk bedeuten, dass es nur so lange im Fett sitzt, wie die Dynastie für Ruhe und Ordnung, verlockende Importe und lukrative Exporte sorgt. Dieser Deal scheint zu funktionieren. Von einer saudischen Revolution jedenfalls hat man nichts gehört.

Zugleich bleibt die tiefe Doppeldeutigkeit der Saudi-Welt, nicht nur die zwischen religiöser Strenge und privater Lockerheit, sondern auch zwischen politischem Führungsanspruch und Anlehnungsbedarf bei den Vereinigten Staaten. Saudi-Arabien ist durch den Reichtum an Öl, aber auch angesichts der inneren Lähmung Ägyptens zur Führungsmacht der konservativ-sunnitischen Staaten geworden, vom großen Ägypten über das kleine Jordanien bis zu den Golfstaaten. Seit mehr als 80 Jahren ist das Öl auch die Basis der Allianz mit den Vereinigten Staaten, die vom Indischen Ozean her wie auch von ihrer Luft- und Marinebasis in Bahrain aus den Status quo garantieren. Zugleich gibt es eine stille



Allianz zwischen den Saudis und den Amerikanern gegen den schiitischen Iran der Mullahs. Aus Wiki-leaks weiß man, dass die Saudi-Herrscher die Iraner fürchten und hassen. Der Schlange müsse man den Kopf abschlagen, so lautet der unfromme Wunsch der Saudis an die Amerikaner. In jüngster Zeit erfuhren EU-Vertreter, wenn es zum Krieg komme, dann solle man gegen Iran hart zuschlagen – und die Saudis würden den Ölhahn so weit öffnen wie möglich. Sie haben darin Erfahrung aus den 1980er Jahren, als sie damit den Iran Chomeinis in die Knie zwangen.

Die Fronten sind klar, zumal die Spezialkräfte des Iran im Verdacht stehen, in den Golfstaaten Unruhe zu schüren. Doch die Revolution, die die iranischen Revolutionsgarden meinen, hat mit dem, was der Westen Arabischen Frühling nennt, rein gar nichts zu tun. Zwar befindet sich Saudi-Arabien formell noch immer im Kriegszustand mit dem Staat Israel. Doch der Friedensplan von 2002 bedeutet, dass man liebend gern den Nahostkonflikt ruhigstellen und abschließen würde. Die Sympathie mit den Palästinensern reicht nicht weit.

Bleibt Syrien. Das Regime kämpft ums Überleben. Die alawitische Minderheit, die seit dem Putsch von Vater Assad an der Macht ist, erhält Waffen und alles, was man für Krieg und Bürgerkrieg braucht, aus dem Iran. Die Rebellen erhalten Zuspruch, Geld und Waffen aus den sunnitisch-arabischen Ländern. Es sieht nicht danach aus, dass auf dem Verhandlungswege Einigung zu erzielen ist. Zu bitter sind die Erinnerungen an das Massaker von Hama 1981, als 20 000 Muslim-Brüder zusammengeschossen wurden, nebst Frauen und Kindern. Zu tief reichen die religiösen Gegensätze. Vor allem aber ist dies ein Krieg zwischen Sunniten und Schiiten, deren Gegensätze der Bürgerkrieg im Irak, der dem Sturz des Saddam Hussein folgte, verstärkte.

Was im Weiteren Mittleren Osten geschehen ist und weiter geschieht, ist für die Europäer kein Zuschauer-sport: Das gilt nicht wegen des unentbehrlichen Öls, das seit der deutschen Energiewende noch unentbehrlicher geworden ist. Es gilt auch in Gestalt der Bevölkerungsexplosion, der militanten Unruhe unter jungen Männern und Frauen, die nach Entladung drängt und noch nirgendwo, vielleicht mit Ausnahme Marokkos und Tunesiens, einen Zwischenhalt gefunden hat. ▲

Zwei gefährliche Brandstifter im Nahem Osten: Syriens Machthaber Baschar al-Assad (r.), der seine Truppen auf das eigene Volk schießen lässt, und sein letzter Verbündeter, der iranische Atombomben-Bauer Mahmud Ahmadinedschad.

„Eine islamische Wiedergeburt ist eingeleitet, die auf die Herausforderungen der modernen Welt, der Computer und der Globalisierung jede Antwort verweigert.“



Professor Dr. Michael Stürmer leitete von 1988 bis 1998 die Stiftung Wissenschaft und Politik (damals im oberbayerischen Ebenhausen, heute in Berlin). Seit 1989 ist er Chefkorrespondent der Tageszeitung DIE WELT.

Sicher komplex

Münchener Sicherheitskonferenz vor ihrer Herbsttagung am Golf



Foto: Kai Merik

Bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar begrüßt Tagungsleiter Wolfgang Ischinger (oben) die wichtigsten Sicherheitsexperten der Welt. Im Herbst trifft er sich im kleinen Kreis am Persischen Golf.

Oliver Rolofs

Immer stärker bestimmen wirtschaftliche und finanzielle Einflüsse die globale Sicherheitspolitik, während militärischen Faktoren in diesem Jahrzehnt geopolitischer Veränderungen und Unsicherheiten sichtbar an Bedeutung verlieren. In Asien entstehen in rasantem Tempo neue Macht- und Wachstumszentren. Doch Europa kämpft weiterhin mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und muss sich ernsthaften Zukunftsfragen stellen. Dabei wird kaum wahrgenommen, dass der asiatisch-pazifische Raum immer stärker in den strategischen Fokus der USA rückt, Europa indessen der weltpolitische Bedeutungsverlust droht.

Gleichzeitig rücken vermeintlich „weiche“ sicherheitspolitische Bedrohungspotentiale wie Cyberkrieg, Klimawandel, Rohstoffknappheit und Bevölkerungswachstum in den Vordergrund, während große Teile des Westens noch wie im Falle Afghanistans mit der Abwicklung des Interventionsjahrzehnts nach den Anschlägen vom 11. September 2001 befasst sind. Inmitten der Rückzugsdynamik vom Hindukusch ziehen mit dem andauernden Streit um das iranische Nuklearprogramm, neuen Raketentests in Indien und Nordkorea und einer sich immer weiter drehenden Rüstungsspirale in Asien und in der Golfregion neue Sorgenwolken am Horizont der Sicherheitspolitik auf.

Weiterhin setzt der seit über einem Jahr andauernde arabische Frühling in großen Teilen der muslimisch geprägten Welt neue Sicherheitsparameter und zeigt gleichzeitig am Beispiel Syriens die Grenzen des Handelns der internationalen Gemeinschaft dramatisch auf. Auch in der Peripherie des arabischen Raumes kommt es zu weiteren Instabilitäten. Neben dem andauernden Kampf gegen die Piraterie am Horn von Afrika werden die Auswirkungen der libyschen Revolution südlich der Sahara immer deutlicher spürbar. So konnte der vor kurzem von den Tuareg proklamierte Staat Azawad im Norden von Mali nur durch militärisches Know-how ehemaliger Söldner des getöteten libyschen Machthabers Gaddafi und einem umfangreichem Waffennachschub aus Libyen entstehen.

Die gewachsene Komplexität der Sicherheitspolitik

und zuletzt die Entwicklungen im arabischen Raum sind für die Münchener Sicherheitskonferenz Anlass genug, mit neuen Formaten auch direkt vor Ort den heutigen Herausforderungen von Sicherheitspolitik effektiv zu begegnen. Um die internationale sicherheitspolitische Debatte weiter zu stärken, beschränken sich die Organisatoren der Münchener Sicherheitskonferenz nicht mehr nur auf die weltweit beachtete Februar-Tagung. Seit 2009 tourt die Konferenz mit ihrer Veranstaltungsreihe „Munich Security Conference Core Group“ im Herbst um den Globus. Sie gibt damit neben der alljährlichen Hauptkonferenz einem exklusiven und hochrangigen Teilnehmerkreis in wechselnden Hauptstädten die Möglichkeit, aktuelle Themen der internationalen Sicherheitspolitik im vertraulichen Rahmen und abseits des Münchner Medienrummels zu erörtern und nachhaltige Lösungsansätze zu entwerfen. Nach Stationen in Washington D.C., Moskau und zuletzt in Peking ist geplant, diesen Herbst am Persischen Golf das neue Konferenzformat aus München fortzusetzen. Aktueller, dynamischer und interessanter ist die sicherheitspolitische Debatte wohl derzeit in kaum einem anderen Teil der Welt, als im arabischen Raum. „Er birgt aber genauso enorme Chancen für ein neues Bewusstsein der Bevölkerung, für Selbstbestimmung und für größere Offenheit und vielleicht sogar für Demokratie“, meint der Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz, Botschafter Wolfgang Ischinger, der für den Herbst eine spannende Diskussion mit hochrangigen arabischen Vertretern erwartet. ▲



Oliver Rolofs ist Pressesprecher der Münchener Sicherheitskonferenz. Er studierte in Marburg und München Politik- und Rechtswissenschaften mit Schwerpunkten im Völkerrecht sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Gelebter Generationenvertrag

**Deutscher Wald zwischen
Mythos und Verantwortung**

Philipp Franz zu Guttenberg

Der Wald ist den Deutschen eine Sehnsuchtslandschaft, verklärt in Gedichten, Märchen und Sagen, zu mancher Zeit auch politisch missbraucht. Ein über Generationen gewachsenes romantisches Waldbewusstsein war in den 80er Jahren auch der Nährboden für die heftigen Debatten um das vermeintliche Waldsterben. Ein Slogan lautet damals: „Nach den Wäldern stirbt der Mensch.“

30 Jahre später lebt der deutsche Wald noch immer, ja er wächst und gedeiht prächtig. Elf Millionen Hektar sind in Deutschland mit Wald bedeckt, das ist jeder dritte Hektar. Die größte Walddichte hat Rheinland-Pfalz mit gut 42 Prozent, Bayern liegt mit 36,3 Prozent im Mittelfeld. Eine gigantische Menge von 3,4 Milliarden Kubikmetern Holz steht in unseren Wäldern, das ist europäische Spitze. Und es kommen jedes Jahr Millionen Kubikmeter dazu, denn die öffentlichen und privaten Waldbesitzer schlagen weniger Holz als nachwächst.

Zu dieser erfreulichen Waldbilanz tragen die gut zwei Millionen privaten Waldbesitzer wesentlich bei. Für sie bedeutet der Wald Lebensgrundlage, Teileinkommen, Vermögensbestandteil, Arbeit, Vorsorge oder einfach nur Freude. So unterschied-

→

55 Millionen Deutsche gegen jedes Jahr in den Wald, die meisten regelmäßig. Die Forst- und Holzwirtschaft beschäftigt 1,75 Millionen Arbeitnehmer und setzt 170 Milliarden Euro um.

Der Holzvorrat wird auf 3,6 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Jedes Jahr wachsen 120 Millionen Festmeter mehr Holz zu als geschlagen wird.



Philipp Franz zu Guttenberg ist Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände und Vizepräsident des Europäischen Waldbesitzerverbandes CEPF. Er ist der jüngere Bruder des früheren Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Seine Familie gehört zu den großen Privatwaldbesitzern in Deutschland.

lich die Waldbesitzer auch sind, es eint sie ein Prinzip: die multifunktionale, nachhaltige Waldbewirtschaftung, die den Wald als Naturraum, Wirtschaftsgut und Erholungsgebiet gleichermaßen pflegt. Die deutsche Forstwirtschaft hat dieses Prinzip vor genau 299 Jahren entwickelt und praktiziert es seitdem flächendeckend. Die Erfolge sind weltweit einmalig.

Man könnte also meinen, es gäbe kein Spannungsfeld zwischen individuellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen. Holz ist unbestritten die nützlichste nachwachsende Ressource, die wir zur Verfügung haben. Wald und Holz können und müssen daher eine überragende Rolle in der Rohstoffpolitik der Zukunft spielen. Kein anderer Rohstoff hat eine ähnliche Leistungsbilanz. Zum Beispiel bei der Energiegewinnung: Holz wächst nach und liefert Energie klimaneutral. Vom Rohstoff Holz profitiert die gesamte Gesellschaft, ohne dass die ökologische und soziale Funktion des Waldes darunter leidet.

Doch der Wald hat auch einen nicht unbedeutenden Nachteil: Bäume wachsen für das menschliche Auge unsichtbar langsam, wenn aber unter Tausenden einer gefällt wird, wirkt das auf viele wie ein Frevel. „Mein Freund, der Baum...“ Dieser alte Schlager-Titel prägt die immer wieder emotionale und ideologisch gefärbte Diskussion, in der Waldbesitzer Profitgier und Rücksichtslosigkeit gegen die Natur unterstellt wird.

Das Gegenteil ist richtig: Wald bringt keinen schnellen und üppigen Gewinn, wer in Wald investiert, muss in den Baumzyklen von 80 bis 250 Jahre denken und sich für kontinuierliche Erträge interessieren. Eine schnelle Rendite wie an der Börse lässt die Natur nicht zu. Waldbesitzer arbeiten nachhaltig, weil sie wissen, das sich bei der Arbeit *mit* der Natur ein *gegen* die Natur von selber verbietet.

Die Nachhaltigkeit entstand letztlich aus einem langfristigen wirtschaftlichen Interesse. Das ist auch der Grund, warum dieses Prinzip sich so erfolgreich durch die Generationen halten konnte. Mit dem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit hatten unsere Vorfäter immer auch das Wohl der nächsten Generation im Auge. Diesen Generationenvertrag, ohne den unsere langen Produktionszeiträume undenkbar wären, leben wir Waldbesitzer auch heute noch. Und auch unsere Enkel, für die wir heute aufforsten, werden sich daran halten. Wald ist gelebter Generationenvertrag.

In unserem schnelllebigen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Umfeld sind wir damit zum Exoten geworden und werden mit unseren Anliegen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft oft nicht gehört und nicht verstanden. Hier gilt es verstärkt aufzuklären, die Besonderheit der Waldwirtschaft anschaulich darzustellen und unsere Belange so zu Gehör zu bringen, dass sie verstanden werden. Kein leichtes Unterfangen angesichts der Kampag-

nenfähigkeit bestens vernetzter Umwelt- und Lobbyverbänden, die von ständiger Skandalisierung leben. Immerhin konnten bei der Waldstrategie, die im vergangenen Jahr von der Bundesregierung beschlossen wurde, manche wichtige Grundsätze fixiert werden. Doch einige Streitpunkte wie Stilllegungen und Urwald sind nach wie vor nicht geklärt. Das hat vor allem das Bundesumweltministerium leider zu verhindern gewusst und dabei erneut bestätigt, dass es als Spielwiese bestimmter Pressuregroups fungiert.

Wer sich einseitig nur auf eine Funktion des Waldes beschränken will, hat das Erfolgsrezept der Nachhaltigkeit nicht verstanden oder will es aus ideologischen Gründen aufkündigen, um nach eigenem Gutdünken mit Steuer- oder Fördermitteln (also mit fremden Geld) im Wald herumhantieren zu können. Solch blinder und vor allem kurzfristiger Aktionismus hat nicht gelernt, in Produktions- und Entwicklungszyklen von hundert und mehr Jahren zu rechnen.

Es geht nicht darum, politische Kuchenstücke zu verteilen, die Besitzstände geschäftstüchtiger Verbände zu wahren oder schlichte Kompromisse zu finden. Wir brauchen dringend Lösungen für so wichtige Themen wie Klima, Energie, Arbeit und ländlicher Raum. Und es geht auch um das grundsätzliche Bekenntnis und die Bewahrung von Freiheit und Eigentum als tragende Säulen unserer gesellschaftlichen Ordnung.

Die eingangs erwähnte uralte Liebe zum deutschen Wald reicht vielen als Grund für Eingriffe ins Eigentum, sei es der reglementierende Staat, sei es der Bürger, der sich zu souveräner Selbstermächtigung berechtigt fühlt. Doch wer die ökologische und soziale Verantwortung von Eigentum und unternehmerischem Risiko trennen möchte, trifft nicht nur die Waldbesitzer, sondern die gesamte Gesellschaft. Denn der sachgerechteste Verwalter der Gemeinwohlverpflichtungen und des Naturschutzes ist der Eigentümer des Waldes. Wir leben für den Wald und von ihm – vergangenheitsgeprägt und zukunftsorientiert.

Ein zunehmendes Missverhältnis zwischen wirtschaftlichen Ertragsmöglichkeiten, eigentumsrelevanten Fragestellungen und der Inanspruchnahme des Waldes durch die Allgemeinheit gefährdet nicht nur den Erhalt der unterschiedlichen Waldfunktionen, sondern sägt an den Grundpfeilern unserer Gesellschaft.

Unsere nachhaltige, multifunktionale Waldbewirtschaftung bietet gesellschaftspolitische Leitlinien, die Lösungsansätze für brennende Zukunftsfragen ermöglichen. Denn nach wie vor gilt, dass Eigentum und Eigenverantwortlichkeit die Grundlage von Nachhaltigkeit sind und bleiben. Wer aber das Ganze nicht mehr sieht, der verliert leicht den Überblick. Der Volksmund sagt dazu: „Er sieht vor lauter Bäumen keinen Wald.“ ▲

Mehrwert Glück

Plädoyer für menschengerechtes Wirtschaften

Johannes Wallacher

Stellen Sie sich vor, Sie hätten die Wahl, sich für eine zweier möglicher Welten zu entscheiden, vorausgesetzt, Preise und Kaufkraft seien jeweils gleich. „In der ersten Welt verdienen Sie 50.000 Euro im Jahr, der Durchschnitt der Gesellschaft 25.000 Euro; in der zweiten Welt 100.000 Euro im Jahr bei einem Durchschnittseinkommen von 200.000 Euro.“ Vor diese Alternative wurden Studierende und Mitarbeiter der Harvard-Universität im Rahmen einer berühmten Studie von 1998 gestellt. Interessanterweise entschied sich fast die Hälfte der Befragten für die erste Variante. Es ist ihnen offensichtlich wichtiger, mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt zu verdienen, auch wenn das absolute Einkommen verglichen mit der zweiten Welt deutlich niedriger ist.

Unabhängig davon wurden die Versuchspersonen auch vor eine weitere Alternative gestellt. „Ihr Jahresurlaub beträgt zwei Wochen, bei einem durchschnittlichen Jahresurlaub der Gesellschaft von einer Woche. In einer zweiten Welt haben Sie vier Wochen Jahresurlaub, alle anderen im Schnitt aber acht Wochen.“ Die große Mehrheit der Befragten entschied sich nun für die zweite Option: d.h. bei der Freizeit ist der relative Vergleich mit anderen weniger wichtig, hier zählt die absolute Höhe.

Menschen urteilen also offensichtlich differenzierter, als dies das gängige wirtschaftliche Weltbild des „Immer-Mehr“ nahelegt. Die ökonomische Glücksforschung, welche den Einfluss ökonomischer und anderer Faktoren auf das selbst bewertete Lebensglück untersucht, bestätigt dies. Danach ist zum Beispiel die Formel „Mehr Einkommen gleich höheres Wohlergehen“ viel zu pauschal. Jenseits einer bestimmten Schwelle hat das verfügbare Einkommen nur begrenzten Einfluss auf das Lebensglück. Ein sicherer Arbeitsplatz und stabile soziale →

„Es gibt kaum ein beglückenderes Gefühl als zu spüren, dass man für andere Menschen etwas sein kann.“

Dietrich Bonhoeffer
(1906 - 1945), Theologe und
Widerstandskämpfer gegen
den Nationalsozialismus

Beziehungen sind dafür dann viel entscheidender. Den meisten Menschen ist es auch nicht gleichgültig, wie sie ihr Auskommen verdienen. Sie wollen sich mit ihrer Arbeit und ihrem Arbeitgeber identifizieren und aktiv mitgestalten. Ganz wichtig ist der innere Antrieb – und der lässt sich kaum nur durch erfolgsabhängige Leistungsboni fördern. Viel entscheidender ist es für Unternehmen, Mitarbeiter wertzuschätzen, ihnen mehr Eigenverantwortung zu übertragen und Mitsprache bei der Gestaltung der Arbeit wie der Arbeitszeiten einzuräumen. Denn genau dies fördert die innere Motivation, die Innovationsfähigkeit und Leistungsbereitschaft und damit die Arbeitszufriedenheit, zum Wohle der einzelnen Mitarbeiter wie des gesamten Unternehmens. Den oft bemühten Grundsatz „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ gilt es daher zu überdenken: Hier und da mag ein wenig Kontrolle hilfreich sein, auf längere Sicht führt Vertrauen aber weiter.

Auch ethische Fragen lassen sich mit einer positiven Perspektive angehen. Es gibt nämlich gute Gründe dafür, mit einem weit verbreiteten Vorurteil aufräumen: Moral muss nicht auf Kosten des Glücks gehen. Auch wenn der Inhalt des Glücks

für jeden und jede höchst unterschiedlich sein mag, können wir doch gemeinsam überlegen, was der Ausdruck „Glück“ überhaupt sinnvollerweise bedeuten kann. Wenn Glück einfach für die Maximierung

von Lustgefühlen oder die Erfüllung möglichst vieler Wünsche steht, bleibt es in der Tat eine persönliche Geschmackssache. Wenn wir es jedoch als Chance auf ein gelingendes Leben begreifen, so können wir uns darüber verständigen, welche grundlegenden Voraussetzungen dafür gegeben sein sollen. Glücksstreben und moralische Umsicht lassen sich somit verbinden. Alle Menschen streben danach, ein gutes, gelingendes Leben zu führen, und respektieren gleichzeitig, dass auch alle anderen Menschen wollen, dass ihr Leben gelingt.

Dies verändert die Perspektive, unter der man Moral- und Wertefragen in Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert, erheblich. Im Vordergrund stehen dann nicht mehr der erhobene Zeigefinger, moralische Appelle und die Rhetorik von Pflichten und Verzicht. Entscheidend ist die gemeinsame Überlegung, wie wir leben und wirtschaften wollen, ohne die Lebenschancen der anderen Menschen, zukünftige Generationen eingeschlossen, aufs Spiel zu setzen. Für die Art und Weise, wie wir unser Wirtschaften, innerbetrieblich wie gesamtgesellschaftlich, organisieren, welche Regeln wir einer nationalen und internationalen Wirtschaftsordnung geben, folgt zweierlei: Erstens ist Wirtschaften dann kein Selbstzweck, sondern steht im Dienst eines gelingenden Lebens. Seine Aufgabe besteht darin, die materiellen Grundlagen dafür zu schaffen, damit das Leben aller Menschen gelingen kann. Da wir einen großen Teil unse-

rer Lebenszeit wirtschaftlichen Aktivitäten widmen, ist die Wirtschaft zweitens aber auch daran zu messen, ob die wirtschaftlichen Tätigkeiten selbst einem gelingenden Leben zuträglich sind oder nicht.

Die Glücksforschung belegt, dass diese Maßstäbe näher an der Realität sind, als manche Skeptiker behaupten. Wenn Arbeitsbelastung und berufliche Anforderungen so hoch sind, dass sie sich negativ auf die Gesundheit auswirken, mindert dies das persönliche Wohlergehen. Das gleiche gilt für prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die unsicher sind und keine Existenzsicherung ermöglichen.

Damit Menschen grundlegende Chancen auf ein gelingendes Leben haben, braucht es bestimmte wirtschaftliche, soziale und politische Voraussetzungen. Nach Untersuchungen von Amartya Sen, Nobelpreisträger für Ökonomie in 1998, lassen sich fünf Grundfreiheiten identifizieren, die voneinander abhängen und sich wechselseitig ergänzen. Dies sind: Marktchancen, Zugang zu sozialen Chancen (wie Bildung und Gesundheitsversorgung), soziale Sicherung, politische Beteiligungsrechte und Transparenz in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Bei all diesen Grundfreiheiten handelt es sich, ökonomisch gesprochen, um öffentliche Güter. Sie sind im Interesse aller, der Markt allein kann sie aber nicht schaffen. Dazu braucht es verlässliche Vereinbarungen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, also Sozialkapital. Denn für eigennützige Akteure winkt ein zusätzlicher Vorteil, wenn sie einfach die mit diesen Gütern verbundenen Vorteile nutzen, die Finanzierung aber den anderen überlassen. Wenn allerdings alle „schwarzfahren“, wird es keine solchen öffentlichen Güter geben. Insofern bleibt eigentlich nur eine Option: in Sozialkapital zu investieren, also Vertrauen aufzubauen und die Fähigkeit zur Kooperation zu stärken. In Unternehmen wie zwischen einzelnen Menschen und gesellschaftlichen Kräften (Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und Zivilgesellschaft).

Die gemeinsam von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften getragene Verlängerung des Kurzarbeitergeldes war eine starke gesellschaftliche Leistung, die mit dazu beigetragen hat, dass Deutschland vergleichsweise gut die erste Phase der aktuellen Finanzkrise meistern konnte. Dieses Beispiel verdeutlicht ganz klar: Sozialkapital wird zur entscheidenden Ressource, um Wandel und Zukunft gemeinsam gestalten zu können. Leider erkennen wir ihren Wert oft erst dann, wenn das Sozialkapital schwindet oder schon gar nicht mehr vorhanden ist. Umso mehr sollten wir uns daher bewusst machen, dass diese Ressource im Unterschied zu Sach- oder Finanzkapital durch ihren Gebrauch nicht aufgezehrt, sondern durch ständige Pflege und Aktivierung sogar vermehrt wird. Für diese Aufgabe gibt es freilich weder „Derivate“, noch lässt sie sich an Zulieferer „outsourcen“ – das müssen wir schon selber in die Hand nehmen. ▲



Lebensglück lässt sich nicht mit der Waage der materiellen Gütern messen.



Professor Dr. rer. pol Dr. phil. Johannes Wallacher, 1966 in Ludwigshafen geboren, ist Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Philosophie in München und seit September 2011 deren Präsident. Sein Arbeitsfeld ist die Wirtschaftsethik. Wallachers Forschung umfasst Fragen der Globalisierung und ihre vielfältigen Erscheinungsformen.

Verschränkte Kultur

Bayern und Österreich – eine Geschichte fließender Beziehungen



Verbindendes Wasser: Das Zechbuch von 1422 zeigt Schiffer und Treidler, die mit einem Salzschrift auf dem Inn bei Passau flussaufwärts unterwegs sind.

Stefan Weinfurter

Bayern und Österreich im Mittelalter: Diese Geschichte gehört zu den großen Themen unserer Vergangenheit und Gegenwart. Der Grund dafür liegt darin, dass hier eine ganz besondere Gemengelage von Gemeinsamkeiten und ebenso von Abgrenzungen wirksam war. Gerade daraus entstanden auf der einen Seite enge mentale und kulturelle Verknüpfungen und auf der anderen Seite schärfste Konflikte, Kriege und Gegnerschaften.

Die Gemeinsamkeiten zeigen sich vor allem in den Anfängen, als sich die Region im Südosten des fränkischen Reichs vom 6. Jahrhundert an formierte. Die Bevölkerung im Raum vom Lech bis zur Enns war zwar von ihrer Herkunft her alles andere als homogen, aber sie organisierte sich politisch, kirchlich und wirtschaftlich jahrhundertlang in einer Aktions- und Schicksalsgemeinschaft. Dass

man sich nach Osten hin immer wieder der drängenden Bedrohung durch Awaren, Mährer und Ungarn erwehren musste, war sicherlich nicht ohne Bedeutung für diese Entwicklung.

Auch die einigende Kraft der Kirchenmetropole Salzburg, in der Bayern und das spätere Österreich seit der Zeit Karls des Großen zusammengefasst →



Der bayerische Löwe und der österreichische Adler: Zwei Schachfiguren auf engem politischen Raum.



Das Band der Religion: Die gotischen Glasfenster im österreichischen Stift Reichenberg wurden um 1470 in bayerischen Werkstätten geschaffen.



Professor Dr. Stefan Weinfurter ist Ordinarius für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Heidelberg und leitet dort auch das Institut für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde. Er lehrte zuvor Mittelalterliche Geschichte als Lehrstuhlinhaber in Mainz und München und war in Eichstätt Professor für Bayerische Landesgeschichte. Der obige Beitrag ist die gekürzte Fassung aus dem Katalog zur diesjährigen Landesausstellung „Bayern und Österreich“.

waren, wird man hier hoch veranschlagen müssen. Wie eine kraftvolle Schlagader wirkte außerdem die den Raum durchströmende Donau mit ihrem Netz an Nebenflüssen. Sie sorgte als „Informationsautobahn“ im wahrsten Sinne des Wortes für einen unaufhörlich fließenden Austausch auf allen Gebieten der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Ordnung.

Auf der anderen Seite beobachten wir seit dem 12. Jahrhundert die immer stärker werdende Kraft der Territorialpolitik. Die Herausbildung der Landesherrschaft im hohen und vor allem im späteren Mittelalter war ein weit über Bayern und Österreich hinausgreifendes Phänomen. Aber hier verdichteten sich mit den Ländern der Wittelsbacher, der Babenberger und dann der Habsburger besonders effiziente politische Organisationsräume, in denen sich eigene Rechtsordnungen und eigene politische Systeme herausbildeten. Nun begann die Zeit, in der die „Brüder“ immer wieder zu Feinden wurden, in der sie sich scharf abzugrenzen suchten und in der ein lange währender Konkurrenzkampf eingeleitet wurde.

Beide, das Territorium der Wittelsbacher wie dasjenige der Babenberger, zeichnen sich durch eine bemerkenswert frühe Durchdringung durch eine landesherrliche Verwaltung aus. In Bayern entstand im 13. Jahrhundert ein „frühstaatlicher“ Verwaltungsapparat mit Viztümern, Landgerichten, Rent- und Kastenämtern und in Oberbayern in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts sogar ein eigenes Landrecht, womit dieser Teil Bayerns geradezu an die Spitze der landrechtlichen Entwicklung rückte.

In Österreich wiederum, das 1156 zu einem unabhängigen Herzogtum erhoben wurde, entwickelte sich eine raumübergreifende Gerichtshoheit des Landesfürsten, zu der, ähnlich wie in Bayern, die landesherrliche Schutzhoheit hinzukam. Wir können beobachten, wie sich im 13. und 14. Jahrhundert die Grundlagen für die spätere politische Ordnung auszuformen begannen, die im Grunde bis heute wirksam sind. Während sich das kleinere Österreich in seiner frühstaatlichen Geschlossenheit und Effizienz geradezu zu einem Musterland ausformte, wurde Bayern seit 1255 durch immer neue Teilungen politisch zerrissen. Zeitweise gab es vier Teilherzogtümer mit München, Landshut, Ingolstadt und Straubing als Zentren, die sich immer wieder heftig bekämpften. In Niederbayern bildete sich zudem eine starke Landesvertretung in Form von Bündnissen und Zusammenschlüssen des Landadels (der „Landschaft“) heraus, die bis ans Ende des Mittelalters eine Unterordnung unter die oberbayerische Rechts- und Herrschaftsordnung ablehnte. Die wittelsbachische Fürstenpolitik war hier in viel höherem Maße vom Landadel abhängig als die der Habsburger in Österreich. So entsteht der Eindruck, als habe Österreich seinen ursprünglichen „Ziehvater“ Bayern im späteren Mittelalter im Hinblick auf die territorialpolitische Ordnung und Effizienz überflügelt.

In jüngerer Zeit spielt in der Forschung zunehmend die Überlegung eine Rolle, ob wir mit diesen

Einrichtungen einer frühstaatlichen Organisation das Ordnungsgefüge dieser Jahrhunderte schon ausreichend erfassen können. Rang und Bedeutung von Herrschaften und Territorien spiegelten sich nämlich in hohem Maße auch in symbolischen Akten, in Ritualen und in verschiedenen Ausdrucksformen der Repräsentation wider. Beispielhaft dafür sind die ausführlichen Regelungen in der Goldenen Bulle von 1356. Dort wird sehr genau bestimmt, welche Sitzordnung, welche Handlungsabläufe und welche öffentlichen Zeremonien den Status von Fürsten und ihren Ländern sichtbar und damit gültig werden lassen. Es war von entscheidender Bedeutung, wie zahlreich die Begleitung eines Fürsten war und in welcher Kleidung und Ausstattung sie erschien. Ebenso wurde auf das Auftreten des Fürsten selbst größtes Augenmerk gerichtet. Der Herzog von Österreich, der 1356 nicht in die Gruppe der Kurfürsten aufgenommen wurde, legte sich als Ausgleich dafür die Würde eines Erzherzogs zu und zeigte seine hervorgehobene Stellung durch die Neuschöpfung eines Erzherzogshutes.

Nun begann auch die große Zeit der Residenzen. Man benötigte repräsentative Bauten und Grablegen, auch dies unabdingbare Voraussetzungen für die Anerkennung von Rang und Macht und auch für die Dauerhaftigkeit von Herrschaft. Wie haben sich Bayern und Österreich auf diesen Gebieten der symbolischen Kommunikation und der Herrschaftsrepräsentation verhalten? Gab es hier Konkurrenz unter den weltlichen und geistlichen Eliten? Die Kernfrage für das Thema Bayern und Österreich im Mittelalter lautet freilich: Wie haben sich alle diese politischen, repräsentativ-symbolischen, rechtlichen und natürlich auch kriegerischen Aktionen und Entwicklungen verhalten zu der Kraft, die sich aus den ursprünglichen Gemeinsamkeiten und aus dem auch später niemals versiegenden kulturellen Austausch im gesamten und weit gefassten Donaauraum nährte? Man mag diesen bis heute wirksamen Grundton der Zusammengehörigkeit als ein Phänomen bezeichnen, aber er hat eben durchaus seine historischen Wurzeln. Und er hat sich trotz der politischen Abgrenzungen durchgängig erhalten, ja sich geradezu über die politischen Entwicklungen hinweggesetzt.

Dass Bayern und Österreich in ihrer Wechselbeziehung geradezu einen Modellfall einer „verschränkten Kultur“ darstellen, wird nicht nur durch den Blick in die Geschichte deutlich. In diesem Sinne möchte die Ausstellung sowohl eine Präsentation der jüngeren Forschungsergebnisse für eine interessierte Öffentlichkeit bieten als auch weitere Anregungen zur aktuellen Forschungsdiskussion beisteuern. ▲

Bayerisch-Oberösterreichische Landesausstellung 2012

Verbündet – Verfeindet – Verschwägert
Bayern und Österreich

Burg Burghausen – Schloss Mattighofen – Kloster Ranshofen,
27. April bis 4. November 2012, Täglich 9.00 bis 18.00 Uhr

Gebundene Glückwünsche

„Mein Amt gehört der Welt, aber mein Herz schlägt bayerisch.“ Dieses Bekenntnis von Papst Benedikt XVI. zu seiner Heimat wurde mit einem besonderen Geschenk aus Bayern zu seinem 85. Geburtstag erwidert: 20 Prominente haben ihre Gedanken und Gefühle zum bayerischen Papst in einem Buch zusammengefasst und dafür als Herausgeber keinen Geringeren als Papst-Sekretär Georg Gänswein gewonnen. Unter ihnen Finanzminister Wolfgang Schäuble und Unternehmer Claus Hipp, die Ex-Ministerpräsidenten Edmund Stoiber („Eine der faszinierendsten Persönlichkeiten“) und Werner Münch (trat nach der Papst-Kritik der Kanzlerin aus der CDU aus), der Protestant Peter Gauweiler und Franz Beckenbauer. Prälat Gänswein ist beizupflichten: „Lest das Buch!“



Georg Gänswein (Hrsg.)
Benedikt XVI.
 Prominente über den Papst
 Media Maria Verlag,
 München
 192 Seiten, 20,95 €

25 starke Bayern

Katharina Weigand
 (Hsg.)

Große Gestalten der bayerischen Geschichte

Herbert Utz Verlag,
 München
 608 Seiten, 26,80 €



Von Erzbischof Arn von Salzburg, dem engen Berater Karls des Großen, bis Franz Josef Strauß, dem zupackenden Visionär für ein modernes Bayern: Fast 1300 Jahre bayerischer Geschichte umspannen die 23 Männer und zwei Frauen, denen die Münchner LMU eine Bavaristische Ringvorlesung widmete. Die Historikerin Katharine Weigand hat sie nun zusammengefügt zu einem eindrucksvollen Lesebuch, das einlädt zum Wandern in den Höhen und Tiefen der bayerischen Epochen. Wobei sich auch der Nürnberger Maler Albrecht Dürer und der Würzburger Fürstbischof Julius Echter einreihen durften, obwohl Franken erst Jahrhunderte später zu Bayern kam. Monarchen dagegen blieben ausgesperrt, ihnen war bereits ein früherer Band gewidmet.

Unverstandene Freunde

Erzählt das Ehepaar von Marschall vom fürsorgenden Sozialstaat in ihrer Heimat, dann wundern sich die amerikanischen Freunde über Wohltaten wie Mutterschutz und Kindergeld. „In den USA hält man es für eine Selbstverständlichkeit, dass jeder Kinder haben und auch selbst für deren Kosten aufkommen möchte“, meint Christoph von Marschall, der langjährige Washington-Korrespondent des *Berliner Tagesspiegel*. Er hat viele kleine und große Unterschiede zu einer unterhaltsamen Lektüre zusammengetragen, die gerade im amerikanischen Wahljahr helfen kann, dass sich die transatlantischen Freunde ein wenig besser verstehen.



Christoph von Marschall
Was ist mit den Amis los?
 Warum sie an Barack Obama
 hassen, was wir lieben
 Herder Verlag, Freiburg
 260 Seiten, 18,99 €

Deftiger Hintersinn

Helmut Eckl

Alte Männer füttern keine Enten

Erzählungen

Verlag Sankt
 Michaelsbund,
 München
 168 Seiten, 14,90 €



Bandscheibe, Männerträume und Altenpflegerin mischen sich bei Helmut Eckl zu keineswegs erbaulichen, meist aber hintersinnig ehrlichen Erzählungen über ein Lebensstadium, in das der Autor nun auch hineingewachsen ist. Kürzlich erst als bisheriger Finanzchef der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität pensioniert, kann er sich noch intensiver seinem Hobby widmen: Valentinsche Wortspiele, grantelnde Gedichte, bissig-ehrliche Betrachtungen. Die Leser mit noch weniger Jahresringen mögen darüber lachen, die mit mehr Geburtstagen Gesegneten können darüber kundig schmunzeln.



Ein starkes Team

Neues Präsidium verspricht „viel frischen Wind“

Das neue Peutinger-Präsidium (v.l.): Marcus Lingel, Klaus Leipold, Marcus Ernst, Bernd Grottel und Robert Salzl.

Bernd Nobis

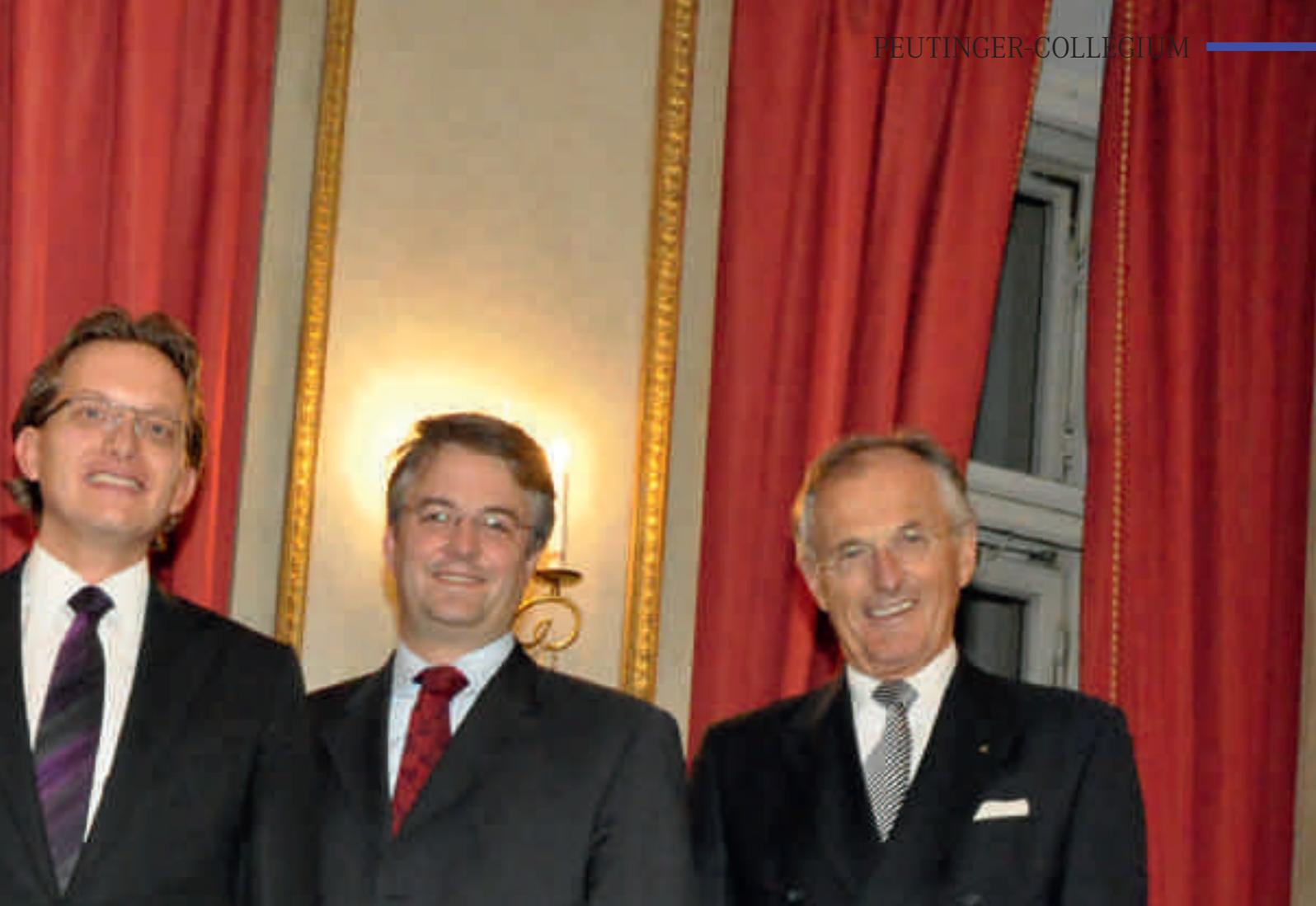
Engagiert, überparteilich, weltoffen, kompetent – so lautet verdichtet der Wertekanon, den sich das Peutinger Collegium bereits seit langem als Richtschnur vorgegeben hat. Daran will und wird das neue Präsidium auch nicht rütteln – im Gegenteil: „Mit unseren hochkarätig besetzten Vortragsveranstaltungen und Symposien wollen wir künftig verstärkt auch eine interessierte Öffentlichkeit erreichen und Kooperationen mit Gleichgesinnten schließen“, verspricht Marcus Ernst, seit Dezember 2011 neuer und hochmotivierter Präsident des Collegiums.

In enger Abstimmung mit seinen vier Präsidiumskollegen erarbeitete Ernst die operativen Zielsetzungen für das Jahr 2012 und kommunizierte diese mit weiteren Informationen über Konrad Peutinger und das Collegium an die Mitglieder. „Im Kern geht es darum, eine kontinuierliche und vor allem sachliche Außenwahrnehmung analog unseren Leitlinien sicherzustellen“, betont Klaus Leipold, innerhalb des Präsidiums zuständig für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Und damit den Absichten auch sogleich Taten folgen, wurde mit Bernd Nobis ein offizieller Pressesprecher installiert, der direkt an das Präsidium berichtet und den Kontakt zu den Medien pflegt.

Vieles nahm das Präsidium in den ersten Monaten dieses Jahres unter der neuen Ägide bereits in

Angriff. Ein vorläufiger Höhepunkt steht unmittelbar bevor, wenn am 9. Mai das zweite Symposium zum Thema „Made in Germany“ in Kooperation mit TÜV SÜD über die Bühne geht. Vor allem Robert Salzl, u.a. Mitglied im Aufsichtsrat der Schörghuber Gruppe, ist bei der Konzeption und Realisierung derartiger Veranstaltungen mit seinen nationalen und internationalen Verbindungen ein Garant für höchste Qualität.

„Bevor wir Konzepte umsetzen, entwickeln wir diese gemeinsam und im Dialog mit unseren Mitgliedern und Peutinger-Freunden“, weiß Bernd Grottel als neuer Leiter der mit den Consultoren verschmolzenen Ideenwerkstatt von den letzten sehr produktiven Wochen zu berichten. Grottel koordiniert als Co-Präsident außerdem die Aktivitäten der



Jungen Peutinger und ist auch für den Internet-Auftritt des Collegiums zuständig.

Ganz oben auf der Prioritätenliste des neuen Präsidiums steht auch, neue potentielle Mitglieder für das Collegium zu interessieren und für eine aktive Teilnahme zu begeistern. „Dies wollen wir natürlich auch durch geeignete Maßnahmen und Angebote erreichen, mit denen wir verstärkt jüngere Entscheider und die Damenwelt ansprechen“;

so Schatzmeister Marcus Lingel. Neben schlüssigen Sponsoring-Konzepten für die unterschiedlichen Veranstaltungsformate des Collegiums setzt Lingel dabei allerdings auch stark auf Multiplikatoren-Initiativen innerhalb der eigenen Reihen: „Dies ist schließlich die effizienteste und kostengünstigste Art der Mitgliederwerbung“, betont der Vorstandssprecher der Merkur-Bank mit unverkennbarem schwäbischen Akzent. ▲

Das neue Präsidium

Präsident Dr. Marcus D. Ernst M.A., 42, ist seit 1996 Mitglied des Collegiums und war seit 2005 Co-Präsident. Er studierte Bayerische Landesgeschichte an der Universität in Passau und promovierte zum Thema „Der bayerische Adel und das moderne Bayern“. Dr. Ernst führt eine Anwaltskanzlei mit den Schwerpunkten Zivil- und Vertragsrecht sowie Immobilien- und Erbrecht in Holzkirchen, wo er auch Mitglied des Marktgemeinderats ist.

Co-Präsident Dr. Bernd Grottel, 43, ist seit 2006 Mitglied des Collegiums. Der promovierte Diplomkaufmann ist Vorstandsmitglied der KPMG Bayerische Treuhandgesellschaft AG mit den Schwerpunkten Jahres- und Konzernabschlüssen sowie Beratung von Familienunternehmen. Dr. Grottel ist Mitherausgeber des Beck'schen Bilanzkommentars und Lehrbeauftragter an der TU München und der Universität Augsburg.

Schatzmeister Dr. Marcus Uwe Lingel, 42, ist seit 2002 Mitglied des Collegiums und seit 2006 dessen Schatzmeister. Der gelernte Bankkaufmann studierte Betriebswirtschaft in Mannheim und promovierte in Regensburg zu Thema „Zukünftige Wettbewerbsstrategien deutscher Privatbankiers“. Er leitet als persönlich haftender Gesellschafter die Münchner Merkur Bank und ist Honorarkonsul der Republik Mosambik.

Präsidiumsmitglied Dr. Klaus Leipold, 56, ist seit 2003 Mitglied im Collegium und seit 2007 Präsidiumsmitglied. Der promovierte Jurist zählt zu den renommiertesten deutschen Wirtschaftstrafverteidigern und ist Seniorpartner der Münchner Kanzlei Lohberger & Leipold. Dr. Leipold ist Lehrbeauftragter an der LMU, bildet am Münchner Oberlandesgerichtsbezirk München und engagiert sich im Deutschen Anwaltsverein in der Anwaltsausbildung. Zudem ist er Aufsichtsratsmitglied beim TSV 1860 München.

Präsidiumsmitglied Robert Salzl, 70, ist seit 2002 engagierter Peutinger. Er war Flugkapitän und Ausbilder bei der Luft hansa und leitete zuletzt den Geschäftsbereich Flugbetrieb mit 12.000 Mitarbeitern. Danach gehörte er zehn Jahre lang dem Vorstand der Schörghuber Stiftung an, wo er für die Unternehmensbereiche Hotel und Flugzeugleasing zuständig war. Neben zahlreichen anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten leitet Salzl den Tourismusausschuss im Wirtschaftsbeirat Bayern.

Er wollte Luther bekehren

Aus dem Leben von Konrad Peutinger (15. Oktober 1465 – 28. Dezember 1547)



Augsburgs Stadtschreiber Konrad Peutinger war wichtiger Ratgeber von Kaiser Maximilian I. und beriet auch dessen Nachfolger Kaiser Karl V.

Peter Schmalz

Als Christoph Kolumbus 1492 einen neuen Erdteil entdeckte, der später Amerika genannt wurde, ist Konrad Peutinger 27 Jahre alt. Er hatte in Bologna und Padua Rechtswissenschaften studiert, dort den Grad eines Doctor legum erworben und war vor zwei Jahren in seiner Heimatstadt Augsburg zum „Diener der Stadt“ ernannt worden. Ein Amt mit einem bescheiden klingenden Titel, aber mit viel Einfluss.



1497 betritt John Cabot als erster Europäer nach den Wikingern nordamerikanischen Boden. Im gleichen Jahr wird Peutinger zum Augsburger Stadtschreiber auf Lebenszeit ernannt. Nun steht er an der Spitze der städtischen Verwaltung, vertritt Augsburg auf Reichstagen und beim Kaiser. Mit Fleiß und Talent wird er den Posten dazu nutzen, den Einfluss der freien Reichsstadt zu mehren.

Konrad Peutinger wirkt in einem historischen Umfeld großer Umwälzungen. Die Renaissance definiert ein neues Menschenbild, weit im Westen wird eine neue Welt entdeckt und Gutenbergs neuer Buchdruck hilft Martin Luther, den Gedanken der Reformation zu verbreiten. Peutinger, durch die Heirat mit der Handelshaus-Tochter Margarete Welser wirtschaftlich unabhängig und inzwischen auch enger Berater von Kaiser Maximilian I., spürt den wachsenden Druck nach Veränderungen. Er mahnt eine Reform der Bettelorden an und veröffentlicht eine Schrift gegen das Augsburger Domkapitel, das sich immer mehr Privilegien rafft. Am Rande des Augsburger Reichstags 1518 bittet er den von der Inquisition verfolgten Luther zum Abendessen zu sich nach Hause. Später schreibt der Reformator von Peutingers „einzigartigem Eifer in meiner Sache“. Der aber will keine Revolution gegen den Papst und hofft vergeblich auf die Bereitschaft Luthers zum Kompromiss. Peutinger verfolgt eine Politik des „mittleren Weges“ und schafft damit auch eine Grundlage für den Augsburger Religionsfrieden von 1555. Peutinger wird ihn nicht mehr erleben, er stirbt acht Jahre zuvor.

Peutinger führt ein Leben, das man uneingeschränkt als gelungen, erfüllt und erfolgreich nennen darf. Die Heirat hebt ihn in die städtische Oberschicht, und als die Welser 1504 zur ersten Indien-Expedition eines deutschen Handelshauses überhaupt aufbrechen, ist er maßgeblich an Vorbereitung und Durchführung beteiligt. Die Geleitbriefe versteht er so geschickt zu formulieren, als sende der Kaiser diese Schiffe selbst. Als Stadtschreiber hat er den

Habsburger-Kaiser Maximilian I. kennengelernt, der ihn zu seinem Rat ernannt, er darf das kaiserliche Siegel tragen und wird als kaiserlicher „Secretar“ mit wichtigen diplomatischen Aufgaben betraut. Peutinger bringt den ihm bekannten Albrecht Dürer mit dem Kaiser zusammen, daraus entsteht auch Dürers berühmtes Kaiser-Bild von 1519. Unter Peutingers Leitung beginnen die Arbeiten am Innsbrucker Grabmahl des Kaisers.

Seine große Korrespondenz dokumentiert einen reichen Gedankenaustausch mit namhaften Zeitgenossen wie Erasmus von Rotterdam, Thomas Morus, Ulrich von Hutten oder Konrad Celtis. seine sorgfältig auf allen Wissensgebieten ausgewählte Bibliothek gehört zu den bedeutendsten der Stadt. Er betreibt ausführliche Altertumforschung und legt eine systematische Sammlung von römischen Inschriften in den süddeutschen Raum an. Für seinen Nachruhm wesentlich ist ein Fund, den der Dichter Celtis im Kloster Tegernsee machte: Eine fast sieben Meter breite Landkarte, auf der sämtliche Militärstraßen zur Zeit des römischen Kaisers Theodosius verzeichnet sind. Sie werden später als „Tabula Peutingeriana“ bezeichnet und sind heute in der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien zu sehen.

Erst im Alter von 68 Jahren wird Konrad Peutinger ehrenvoll aus seinem Amt entlassen und kann sich noch 13 Jahre lang seinen wissenschaftliche Studien und seiner Familie widmen. 1538 wird er ins städtische Patriarchat aufgenommen und nur wenige Monate vor seinem Tod erhebt ihn Kaiser Karl V. in den erblichen Adel. Peutinger wird in der St. Johanneskirche beigesetzt. Nach deren Abriss 1808 erwirbt ein Gastwirt die Grabplatte als Bauschutt, bohrt neun runde Vertiefungen hinein und verwendet sie zum Kegelspiel. Heute steht sie im Römischen Museum in Augsburg. ▲

Mehr über das Leben und Wirken Konrad Peutingers in den nächsten Ausgaben.

Im Kloster Tegernsee gefunden: Die berühmte „Tabula Peutingeriana“ zeigt sämtliche römischen Militärstraßen aus der Zeit von Kaiser Theodosius (347 - 395)



Martin Luther war Gast im Haus von Peutinger, der vergeblich versuchte, den Reformator von der Kirchenspaltung abzuhalten.



Typisch deutsch

Beim 2. Symposium, gemeinsam mit der TÜV SÜD AG, diskutieren anerkannte Experten zu diesem Thema und der Frage, was ist eigentlich „typisch deutsch“.

Bernd Nobis

Als die Briten zu Beginn der europäischen Industrialisierung ihre Bevölkerung vor dem Kauf minderwertiger Importprodukte schützen wollten, schrieben sie in ihrem Handelsmarktgesetz von 1887 vor, dass auf allen Waren unmissverständlich das Herkunftsland anzugeben sei. „Made in Germany“ war, wie alles, was vom Kontinent war, in England bestenfalls 2. Wahl. Im Ersten Weltkrieg wurden diese Vorschriften noch weiter verschärft, mit dem klaren Ziel, Kriegsgegnern den Zugang zum britischen Markt zu verschließen. Spätestens nach 1945 kehrte sich die negativ gedachte Kennzeichnung in eine Auszeichnung um: „Made in Germany“ wurde zu einem Synonym des deutschen Wirtschaftswunders und damit zu einem international anerkannten Qualitätssiegel.

Aktuell machen wir Deutschen wieder als Export-Champion wirtschaftlich von uns reden. Damit einhergehend werden wir zunehmend auch politisch in einem problembeladenen Europa in eine Führungsrolle gedrängt, die wir in dieser massiven Form, wenn überhaupt, nur äußerst zögerlich annehmen. Ist das die Angst, dass die anderen wieder Angst vor uns haben? Ist das Bild vom arroganten, schulmeisterlichen Deutschen, der immer alles besser weiß und kann, noch immer oder wieder in den Köpfen – auch in den eigenen? Ist es so, wie es kürzlich ein italienischer Ristorante-Besitzer – spontan und völlig ohne Groll – ausdrückte: „Ihr Deutschen baut wunderbare Autos, aber ihr seid beängstigende Fahrer.“

Was assoziieren wir und unsere Nachbarn heute mit dem Prädikat „typisch deutsch“: in der Innenwirkung vermutlich immer noch wenig Positives. Franzosen, Spanier, Engländer, Italiener – sie alle

sind überwiegend stolz, bringt man sie individuell mit ihren vermeintlich landestypischen Eigenschaften in Verbindung. Und wir Deutschen? „Made in Germany“ ist ja vielleicht noch okay, aber „typisch deutsch“, wer identifiziert sich damit schon? Sicher, vieles hat sich bei uns im Laufe der Jahre geändert. Sommermärchen und Oktoberfest, Christkindlmärkte und pazifistische Politik im Iran-Konflikt, Atom-Gegner sowie international und farbenfröhlich aufgestellte Bundesligavereine vermitteln heute ein anderes, ein aktuelles Deutschland-Bild im Ausland. „Made in Germany – typisch deutsch“ ein spannendes Thema in einem vielleicht noch nicht ganz entspannten Land? Gemeinsam mit unseren Experten Radka Soukupova, Gabor Steingart, Justus Frantz und Dirk Eilers wagen wir am 9. Mai gemeinsam mit TÜV SÜD anlässlich unseres 2. Symposiums zum Thema „Eine Standortbestimmung“. Die Mitglieder des Peutinger Collegiums sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. ▲

Dirk Eilers ist als Vorstandsmitglied bei der TÜV SÜD AG zuständig für den Bereich Zertifizierung und für die Region Asien mit Sitz in Singapur. Er repräsentiert die technische Intelligenz und den deutschen Ingenieursgeist.



Justus Frantz, international gefeierter Pianist und Dirigent, begann seine Karriere bei Karajan und Bernstein. Er gründete das Schleswig-Holstein Musikfestival. Er ist Chefdirigent der Philharmonie der Nationen und Sonderbotschafter der Uno.



Gabor Steingart ist Chefredakteur des Handelsblatts. Für das Nachrichtenmagazin Spiegel war der einflussreiche Publizist Washington-Korrespondent und leitete das Berliner Hauptstadtbüro. 2004 wurde Steingart zum Wirtschaftsjournalisten des Jahres gewählt.



Radka Soukupova ist in Tschechien geboren und arbeitet als Consultant für internationale Agrarprojekte. Die studierte Tourismus-Expertin hat japanische, englische, französische, holländische und deutsche Firmen beraten.

Anna Groß führt durch das Symposium. Die gebürtige Münchenerin moderiert beim BR die Sendung „Schwabens & Altbayern aktuell“.



Peutinger aktuell

Vom Himmel hoch...

Juncker kommt mit eigenem Flieger: Premierminister Jean-Claude Juncker reist zum Peutinger-Collegium am 23. Juli 2012 in München extra mit einer Sondermaschine an. Am Rande der Veranstaltung wird er sich auch Zeit für ein Gespräch mit der Staatsregierung nehmen und dem Fernsehen Rede und Antwort stehen. Die Vorbereitungen zusammen mit unserem Partner BMW Niederlassung München laufen bereits auf Hochtouren. ■

Mitglieder sagen ihre Meinung

Ihre Meinung zählt: Die Fragebogenaktion des Peutinger-Collegiums ist ein großer Erfolg. Das Präsidium des Collegiums wollte von seinen Mitgliedern und Freunden wissen, was es künftig besser machen könnte. Gefragt wurde nach Veranstaltungsformaten, Öffentlichkeitsarbeit, Zusammensetzung der Mitgliedschaft, Wunschreferenten, Mentoring und vieles mehr. Rund 100 ausgefüllte Fragebögen gingen bisher ein und werden derzeit professionell ausgewertet. Gerne können Sie noch teilnehmen, den Fragebogen von der Homepage www.peutinger-collegium.de herunterladen und ausgefüllt zurücksenden. Lassen Sie sich überraschen: die Ergebnisse veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe. ■

Peutinger auf BR alpha

Symposium jetzt für alle: Das Gemeinschaftssymposium von Peutinger-Collegium und TÜV SÜD „Made in Germany – Typisch deutsch“ am 9. Mai 2012 wird erstmals in Kooperation mit dem Bayerischen Fernsehen aufgezeichnet und in der Reihe „Denkzeit“ bei BR alpha ausgestrahlt werden; den genauen Sendetermin im Sommer 2012 teilen wir Ihnen noch mit. ■

Junge Peutinger – Role of a manager

Ganz im Zeichen der beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung standen die ersten diesjährigen Veranstaltungen der Jungen Peutinger (JuPeus). Den Anfang machte im Januar ein Basis-Führungskräfte-Training bei Wind River (Referent: Robert Frank), das im Februar ergänzt wurde durch einen Workshop zu Personalentwicklungskomponenten des klassischen Non-Profit-Unternehmens Polizei (Referent: Ulrich Rothdaucher). Der vorläufige Höhepunkt war im April das Kaminesgespräch mit Dr. Bernd Grottel, der persönliche Einblicke in seinen beruflichen Werdegang gewährte und damit für den gelebten Theorie-Praxis-Transfer stand. Im März präsentierte Manuel Sattig von der BMW Group das project i und sorgte mit seiner Präsentation des Megacity Vehicle ebenso für eine thematische Abwechslung wie Alois Müller, Präsident der Deutschen Bundesbank in Bayern, mit seinem Vortrag vor dem Peutinger-Collegium zu der Staatsschuldenkrise als Herausforderung für die Europäische Währungsunion. Gerne ermöglichen die Jungen Peutinger Interessierten eine Teilnahme an den künftigen Veranstaltungen: kontakt@junge-peutinger.de ■

Bücher unserer Mitglieder

Ein reiches Leben

„Notieren Sie alles, in hundert Jahren ist alles interessant“, gab Ernst Jünger einem jungen Diplomaten mit auf den Weg in die weite Welt. Wolfram Dufner, 1926 in Konstanz geboren und Mitglied beim Peutinger-Collegium, hat den Rat befolgt. Vor vier Jahren erzählte er in dem Band „Safari am Sambesi“ über seine Botschafter-Jahre in Afrika und erhielt dafür Dankeschreiben vom Papst und von der britischen Queen. Sein jüngstes Werk hat die Schweiz im Titel, doch weit über seine Zeit als Botschafter dort spannt er den Bogen vom Studenten nach dem Krieg bis zur Pensionierung. Eine lehrreiche Geschichtsstunde, die aus dem selbst Erlebten schöpft und in der man neben vielen anderen Dürrenmatt, Kokoschka, Wagner und auch den Kanzlern Schmidt und Kohl begegnet.



Wolfram Dufner
Ohne Halt bis Bern
Societäts Verlag,
240 Seiten, 19,90 €

Verbandspräsident Professor Dr. Stephan Götzl, GVB Genossenschaftsverband Bayern

Europa befindet sich im Ausnahmezustand, mahnt der bayerische Genossenschaftspräsident Prof. Dr. Stephan Götzl. „Ohne eine kluge Regulierung der Finanzmärkte werden wir die Eurokrise nicht dauerhaft überwinden.“ Er plädiert für ein stabiles Finanzsystem, das die Risiken mindert.



Eingerahmt von Peutinger-Präsident Dr. Marcus D. Ernst (li.) und Präsidiumsmitglied Dr. Bernd Grottel: Referent Prof. Dr. Stephan Götzl (2. v. li.) und Co-Referent Prof. Dr. Peter Welzel von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg (Bild 1).

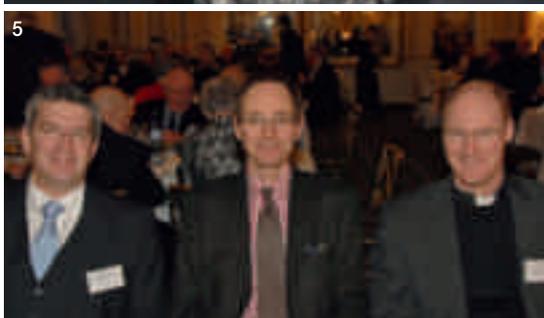
Dagmar Horst v. Hundtstein mit Diplomingenieur Karl-Heinz Schmid und Unternehmensberater Karlobert Stöhr (r., Bild 2).



Geschäftsführer Dr. Wilfried Hake und Dipl. Ing. Siegfried Dellinger (Bild 3).



Fröhlich: Frau Dr. Christine Sasse mit Prof. Dr. Anton Kathrein (Bild 4).



Dipl. Ing. Rupert Odersky, Maximilian Ring, Msgr. Dr. Franz Joseph Baur (Bild 5).



Dr. Eberhard Beck und Generalmanager Josef Müllner (Bild 6).

Aufmerksame und gespannte Zuhörer beim Vortrag im Bayerischen Hof (Bild 7).



Professor Dr. Johannes Wallacher, Präsident der Hochschule für Philosophie in München

Kann Glück mehr Wert haben als Aktienboom und Wirtschaftswachstum? Durchaus, meint Peutinger-Referent Professor Dr. Johannes Wallacher, so sei zum Beispiel die Formel „Mehr Einkommen gleich höheres Wohlergehen“ viel zu pauschal.

(Mehr dazu auf den Seiten 28 und 29).



Glücksforscher: Referent Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher, Präsident der Hochschule für Philosophie München (Bild 1) und Co-Referent Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel von der betriebswirtschaftlichen Fakultät der Georg-Simon-Ohm-Hochschule, Nürnberg (Bild 2).

Ulrike Berner mit Dr. Klaus Ihm (Bild 3).



Architekt Ulrich Kreuzer (li.) und Dipl.-Kfm. Alexander Weber, Abteilungsdirektor der Privatbank Metzler (Bild 4).

Robert Salzl, Mitglied im Stiftungsrat der Schörghuber-Stiftung und im Präsidium des Peutinger-Collegiums (Bild 5).



Bayerns oberster Bundesbanker: Alois Müller, Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Bayern (Bild 6).



Aus der Oberpfalz zu Gast: Prof. Dr. rer. pol. Nina Fritsch von der Hochschule Regensburg mit Informatik-Spezialist Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Hof von der Hochschule München (Bild 7).



Peter Staudacher, Fachanwalt für Arbeitsrecht, (li.) und Management-Spezialist Dipl.-Wirt.-Ing. Roland N. Berner MBA, Prokurator und Mitglied des Großen Rates des Peutinger-Collegiums (Bild 8).



Ein glückliches Jahrhundert vollendet

Herzlichen Glückwunsch zum 100.! Botschafter a.D., Dr. Günter Brüggemann, seit mehr als 25 Jahren Mitglied im Peutinger-Collegium, feierte im Kreise seiner Freunde im Bayerischen Hof seinen großen, runden Geburtstag. „Dr. Brüggemann mit seinen 100 Jahren ist ein großartiges Vorbild für gelebten Gemeinschaftsgeist, unermüdliche Neugierde an Neuem und garantierte Verlässlichkeit in Charakter und Tun – und das auch im betagten Alter“, beglückwünschte ihn Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst.



1
Ein Prosit auf den Jubilar:
Dr. Günter Brüggemann
mit Ehefrau Helga.

Charmante Glückwünsche:
Dr. Brüggemann mit (von
re.) Maria Joâs de Melo
Espirito Santo, Dr. Donata
Kemper und Lisa Überlinder
(Bild 2).



Zusammen 142 Jahre: Jubi-
lar Dr. Günter Brüggemann
und Peutinger-Präsident
Dr. Marcus Ernst (Bild 3).



Die Geburtstagsgesellschaft
im Bayerischen Hof bei gu-
tem Wein und kulinarischen
Genüssen (Bilder 4 und 5).



Veranstaltungsvorschau 2012



Mittwoch, 09. Mai 2012
Peutinger-Symposium
Made in Germany im 21. Jahrhundert
– typisch deutsch –



Montag, 10. September 2012
Vorstandsvorsitzender
Dr.-Ing. Manfred Bayerlein
TÜV Rheinland AG



Dienstag, 22. Mai 2012
Christine Lieberknecht
Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen



Mittwoch, 03. Oktober 2012
Prof. Guido Knopp
Journalist, Publizist



Montag, 09. Juli 2012
Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio
Richter am Bundesverfassungsgericht i.R.



Montag, 19. November 2012
Viviane Reding
EU Kommissarin für Justiz,
Stellvertretende Präsidentin der EU-Kommission



Montag, 23. Juli 2012
Premierminister Jean-Claude Juncker
Premierminister von Luxemburg,
Chef der Euro-Gruppe



30. November bis 01. Dezember 2012
V. Internationale Klima- und Energiekonferenz
Zusammen mit Berlin Manhattan-Institut (BMI) und
Europäischem Institut für Klima und Energie (EIKE)

Impressum



Der
Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
für Politik,
Wirtschaft,
Wissenschaft
und Kultur

Redaktion

Peter Schmalz (Chefredakteur)
Thomas Breitenfellner
Michael Weiser
Farchanter Straße 35
D-81377 München
redaktion@der-peutinger.de
Leserbriefe an die Redaktion

Herausgeber

Dr. Marcus D. Ernst
Präsident
Peutinger-Collegium e.V.

Verlag/Gestaltung/Realisierung

NBB Kommunikation GmbH
Ridlerstraße 33
80339 München
www.nbbkommunikation.de

Anzeigen/Druckunterlagen

Schwele Medienservice GmbH
Ulrich Schwele
Iglinger Str. 3
86807 Buchloe
Tel.: 08241/9674-12
Fax: 08241/9674-22
E-Mail: u.schwele@schwele.de

Druck

FIBO Druck- und Verlags GmbH
Fichtenstraße 8
82061 Neuried
Telefon 089.30 79 97 0
info@fibodruck.de
www.fibodruck.de

Mit der dritten Bahn auf Erfolgskurs

Rund 38 Millionen Fluggäste sorgten 2011 für einen fulminanten Passagierrekord am Münchner Airport. Die Anzahl der Starts und Landungen stieg im gleichen Zeitraum auf 410.000. Damit hat sich das Flugbewegungsaufkommen am Münchner Airport seit der Eröffnung im Jahr 1992 verdoppelt und die Passagiernachfrage sogar mehr als verdreifacht. Voraussetzung für die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte ist jetzt die zügige Realisierung der dritten Start- und Landebahn, die ab 2015/2016 zur Verfügung stehen soll. Mit diesem wichtigen Ausbauprojekt sichert der Flughafen München im Interesse aller Reisenden Mobilität und Standortqualität für die Zukunft.

www.munich-airport.de

